

OST Informationen EUROPA

In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsmagazin OstContact | 1/2 - 2020



Special Grüne Woche/Agrarwirtschaft: Zwischen Bug und Tien-Schan

Zentralasien

Antrittsbesuch des kasachischen Präsidenten

Ukraine

Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Ostukraine

Russland

OAOEV-Delegation traf Russlands Präsidenten



Gut vernetzt heißt: Mehr Landwirt – weniger Listenschreiber.

Auch wenn ihnen die Arbeit auf dem Feld am liebsten ist, mussten Landwirte bisher sehr viel Zeit mit der Buchführung am Schreibtisch verbringen. CLAAS ermöglicht mit der intelligenten Vernetzung von Maschinen, dass ein Großteil der Datenerhebung und -lieferung automatisiert wird. Die Technik ortet Maschinen, plant Betriebsmitteleinkäufe, erfasst Ertragsdaten, erledigt Dokumentation, zeigt Optimierungspotenziale auf und vieles mehr. Damit sorgt die Digitalisierung dafür, dass die Arbeit deutlich schneller und oftmals auch effizienter erledigt werden kann.

Sicher besser ernten.

CLAAS

Neues Jahr mit neuen Herausforderungen



Im September 2019 habe ich das Amt des OAOEV-Vorsitzenden von Wolfgang Büchele übernommen, dem ich an dieser Stelle nochmals herzlich für seine vierjährige ehrenamtliche Tätigkeit danke. Bereits die ersten Wochen meiner Amtszeit wurden durch wichtige Entwicklungen in den 29 Ländern des OAOEV geprägt:

In Polen fanden Parlamentswahlen statt, bei denen sich die regierende Partei PiS ebenso behaupten konnte, wie einige Wochen später der amtierende rumänische Präsident Klaus Johannis bei den Präsidentschaftswahlen in Rumänien. In Berlin hatten wir Anfang Dezember den neuen kasachischen Präsidenten Kassym-Shomart Tokajew zu Gast und führten in Kooperation mit der Botschaft Kasachstans ein Unternehmengespräch und eine Veranstaltung des Berliner Eurasischen Klubs durch, an dem rund 300 Wirtschaftsvertreter teilnahmen.

Unmittelbar danach reiste am 6. Dezember eine OAOEV-Unternehmerdelegation nach Sotschi zum Jahrestreffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Wie immer konnten bei der Gesprächsrunde, an der traditionell auch die für Wirtschaft zuständigen Minister teilnahmen, eine Reihe offener Fragen geklärt und bestehende Herausforderungen bei Investitionsprojekten direkt gelöst werden. In diesem Jahr stand das Treffen mehr noch als in der Vergangenheit unter dem Eindruck wichtiger politischer Weichenstellungen, denn nur drei Tage später reiste Präsident Putin zum lange erwarteten Normandie-Gipfel nach Paris. Im Vorfeld des Gipfels hatte ich in einem Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) einen Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Ostukraine vorgeschlagen, der acht konkrete Maßnahmen umfasst. Damit wollen wir den Friedensprozess aktiv unterstützen. Die Vorschläge waren auch in Sotschi ein Thema, und sie werden uns im Jahr 2020 mit Sicherheit weiter beschäftigen.

Auch wenn der Gipfel in Paris, der durch die mutige Politik des neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj überhaupt möglich wurde, noch keinen Durchbruch brachte, stärkt er doch die Hoffnung auf eine neue Dynamik im Friedensprozess und damit auch auf einen möglichen Einstieg in den Ausstieg aus den Sanktionen, für den wir uns weiterhin stark engagieren. Dass dieser Weg steinig ist, zeigte sich bereits zum Jahresende, als in den USA die seit über zwei Jahren angedrohten Sanktionen gegen das Energieprojekt Nord Stream 2 beschlossen wurden. Auch wenn es trotz intensiver Bemühungen der Bundesregierung und vieler Gespräche, die der OAOEV und beteiligte Unternehmen geführt haben, letztlich nicht gelang, diese Sanktionen gegen das wichtigste europäisch-russische Projekt zu verhindern, kamen sie deutlich später als erwartet und dürften die Fertigstellung der Pipeline nicht verhindern. Der Schaden im transatlantischen Verhältnis aber bleibt, was sehr zu bedauern ist.

Auch 2020 wird ein Jahr großer Herausforderungen und Unsicherheiten, aber auch der vielen Chancen und Möglichkeiten. Erfolge erzielen wir am besten gemeinsam. In diesem Sinne freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen!

Oliver Hermes

Vorsitzender des Ost-Ausschuss – Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft

Special Grüne Woche / Agrarwirtschaft

Editorial 11

Ukraine/Kasachstan: 12
Zwischen Bug und Tien-Schan

Interview: Zunehmende 14
Bedeutung der Landwirtschaft

Armenien: Landwirtschaft ist 15
strategischer Sektor

Agrarwirtschaft in Kürze 16



Foto: Pixabay

Editorial/Inhalt 3

Mitglieder-News 4

Länder-News 5

Zentralasien: Antrittsbesuch 6
des kasachischen Präsidenten

Ukraine: Stabilitäts- und 8
Wachstumspakt für die Ostukraine

Russland: OAOEV-Delegation 10
traf Russlands Präsidenten

Südosteuropa: OAOEV- 17
Delegation besuchte Bulgarien

Umfrage: Hausgemachte Stör- 18
faktoren belasten das Geschäft

Polen: Normalisierung 22
und Wachstum

OAOEV in Kürze 23

Vorstellung neuer Mitglieder 24

Termine/Kooperationen 25

Publikationen 26

Titelfoto: Ernte in der Ukraine
Foto: Pixabay

MITGLIEDERNEWS



Газпром prüft den Einsatz energieeffizienter BASF-Technologien. Im Bild: BASF-Anlage in Ludwigshafen

BASF

Газпром und BASF haben sich bei einer Gaskonferenz in Sotschi im November auf den **Ausbau ihrer Zusammenarbeit** verständigt. Unter anderem sollen mit Hilfe neuester Technologien die Anlagen im Gasverarbeitungswerk Astrachan optimiert und die Umwelteffizienz gesteigert werden. Darüber hinaus werden Möglichkeiten für den Einsatz energieeffizienter BASF-Technologien evaluiert, um im Gasverarbeitungswerk Orenburg die Leistung und die operative Effizienz für die Entfernung von Begleitstoffen aus Erdgas zu steigern.

Globus Holding

Für gut 40 Millionen Euro hat die deutsche Einzelhandelskette Globus im russischen Kaluga im November einen **neuen Supermarkt eröffnet**. Mit dem neuen Standort schafft Globus Russland rund 300 neue Arbeitsplätze. Die Einzelhandelsgruppe aus dem saarländischen St. Wendel ist seit 2006 in Russland aktiv und betreibt mittlerweile 16 Supermärkte im Land. Neben der Filiale in Kaluga sind für 2020 zwei weitere Supermärkte in Moskau geplant.

SAP

Der deutsche Softwarehersteller SAP und das russische Ministerium für Kommunikation haben im November einen **gemeinsamen Accelerator für die IT-Industrie** ins Leben gerufen. Durch nachhaltiges Coaching und Know-how soll dadurch der Wachstumspro-

zess von russischen IT-Start-ups in der Anfangsphase besser unterstützt werden. Noch bis Februar 2020 können sich IT-Start-ups für die Teilnahme an dem Programm bewerben. Am Ende werden zehn Unternehmen im Programm von SAP mit jeweils 1,5 bis drei Millionen Rubel unterstützt.

Schaeffler

Der deutsche Automobilzulieferer Schaeffler baut **im westungarischen Szombathely ein neues Werk** für rund 70 Millionen Euro und schafft damit 150 neue Arbeitsplätze. Dort sollen Komponenten für Elektrofahrzeugen produziert werden. Die neue Anlage wird auf einem 30 Hektar großen Grundstück in der Nähe des bestehenden Werks des Unternehmens errichtet. Der Bau soll bis Ende 2020 abgeschlossen sein.

Stada

Der hessische Pharmakonzern Stada **investiert** 660 Millionen US-Dollar in Arzneimittel des japanischen Pharmakonzerns Takeda **in Russland und der GUS**. Stada übernimmt dabei ein Portfolio von etwa 20 Präparaten der Japaner. Nach Abschluss der Transaktion, die Stada für das erste Quartal 2020 erwartet, sollen circa 500 Vertriebs- und Marketingmitarbeiter von Takeda zu Stada wechseln. Vom ukrainischen Anbieter Biopharma übernimmt Stada zudem das Geschäft mit verschreibungspflichtigen Medikamenten und rezeptfreien Produkten. Mit dem Zukauf übernimmt Stada auch eine Produktionsstätte nahe Kiew.

Neue Mitglieder

Im Rahmen der Gremiensitzungen am 14. November wurden **23 neue Mitgliedsunternehmen** in den OAOEV aufgenommen.

- Bank GPB International S.A.
- Beceptum International GmbH
- Bionorica SE
- energiewächter GmbH
- Eversheds Sutherland
- GLAPOR Werk Mitterteich GmbH
- GPRC German PR and consulting Group GmbH
- Herbert Smith Freehills Germany LLP
- KVL International GmbH
- NRW.Invest GmbH
- Palfinger Crane Rus
- Raccoon.World Germany GmbH
- Sberbank (Switzerland) AG
- SEW-EURODRIVE GmbH & Co KG
- SPECTARIS. Deutscher Industrieverband für optische, medizinische und mechatronische Technologien e.V.
- STEGO Vermögensverwaltung GmbH
- UAGRO Beteiligungs GmbH
- UMAX Trade GmbH
- VEKA AG
- WIWA Wilhelm Wagner GmbH & Co. KG
- WMP Eurocom AG
- WR Certification GmbH
- Zyfra Group

Falls Sie Ihre Meldungen auch gerne in den OEI veröffentlichen möchten, senden Sie uns eine Mail an: **C.Himmighoffen@bdi.eu**

LÄNDERNEWS

Kasachstan

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) hat im Dezember mit dem kasachischen Unternehmerverband und dem Institut für die Entwicklung der Energiewirtschaft und Energieeinsparung eine **strategische Partnerschaft für Energieeffizienz** vereinbart. Ziel der Zusammenarbeit ist es unter anderem, einen Masterplan für Energieeffizienz in Kasachstan zu erarbeiten, einen Markt für Energiedienstleistungen aufzubauen, Erfahrungen auszutauschen und Kooperationsprojekte zu vermitteln. Darauf verständigten sich die drei Organisationen Anfang Dezember in Berlin anlässlich des Deutschlandbesuchs von Präsident Kassym-Shomart Tokajew (s. Seite 6f). Den Masterplan für Energieeffizienz in Kasachstan wollen die Projektpartner im Laufe des kommenden Jahres erarbeiten. Nach dem Pariser Klimaabkommen verfolgt Kasachstan das

Ziel, seine klimaschädlichen Emissionen bis 2020 um 15 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren.

Slowenien

In Slowenien sind zu Jahresbeginn **Änderungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer** in Kraft getreten. Der Körperschaftsteuersatz stieg von 19 auf 20 Prozent. Zusätzlich wird es Unternehmen erschwert, ihre Steuerbelastungsgrenze durch Investitionen zu senken. Auch wenn das Unternehmen einen höheren Betrag als den zu versteuern den Gewinn reinvestiert, werden 35 Prozent des Gewinns als Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer herangezogen. In Bezug auf die Einkommenssteuer werden zum einen die Obergrenzen der Steuerklassen erhöht, zum anderen wird der Steuersatz für die Stufe 2 und Stufe 3 um einen Prozentpunkt

verringert. Zudem wird der allgemeine Gesamtfreibetrag erhöht. (AHK Slowenien)

Usbekistan

Usbekistan hat die **Mehrwertsteuer am 1. Oktober 2019 von 20 auf 15 Prozent gesenkt**. Nach vorläufigen Schätzungen wird dieser Schritt die Einnahmen des Staatshaushalts um rund zehn Milliarden Euro pro Jahr oder etwa zwei Prozent des BIP verringern. Dennoch könnte sich dies positiv auf die usbekische Wirtschaft auswirken, denn die Senkung der Steuersätze bei gleichzeitiger Erweiterung der Zahl der Steuerzahler könnte letztlich zu einer Verringerung des Schattenwirtschaftssektors beitragen und die Besteuerung fairer und unternehmensfreundlicher machen. Dies könnte zur Verbesserung des Geschäftsklimas führen und die Investitionsattraktivität erhöhen. (OWC)

Doing Business Report 2020

Die Weltbank hat Ende Oktober 2019 ihren vielbeachteten jährlichen Doing-Business-Report veröffentlicht, in dem das Geschäftsumfeld für Unternehmen in 190 Volkswirtschaften beurteilt wird. Betrachtungszeitraum des Doing Business Reports 2020 ist Mai 2018 bis Mai 2019. Angeführt wird das Ranking von Neuseeland, gefolgt von Singapur und China. Georgien rangiert als bestes der vom OAOEV betreuten Länder auf Platz 7. Deutschland nimmt Platz 22 ein. Unter den zehn Länder, die im Betrachtungszeitraum die größten Fortschritte machten, findet sich Kasachstan, das insgesamt auf Rang 25 und damit vor Russland (28) und Polen (40) liegt. Dem Bericht zufolge hat Kasachstan insbesondere Verbesserungen bei den Rahmenbedingungen für die Geschäftseröffnung, bei der Erteilung von Baugenehmigungen und beim Zugang zu Krediten erzielt.

| 2020 (2019) | Land | Punkte |
|-------------|-----------------------|--------|
| 7 (6) | Georgien | 83,7 |
| 11 (14) | Litauen | 81,6 |
| 17 (10) | Nordmazedonien | 80,7 |
| 18 (16) | Estland | 80,6 |
| 19 (19) | Lettland | 80,3 |
| 25 (28) | Kasachstan | 79,6 |
| 28 (31) | Russland | 78,2 |
| 34 (25) | Aserbaidshon | 76,7 |
| 37 (40) | Slowenien | 76,5 |
| 40 (33) | Polen | 76,4 |
| 41 (35) | Tschechische Republik | 76,3 |
| 44 (48) | Serbien | 75,7 |
| 45 (42) | Slowakei | 75,6 |
| 47 (41) | Armenien | 74,5 |

| 2020 (2019) | Land | Punkte |
|-------------|----------------------|--------|
| 48 (47) | Republik Moldau | 74,4 |
| 49 (37) | Belarus | 74,3 |
| 50 (50) | Montenegro | 73,8 |
| 51 (58) | Kroatien | 73,6 |
| 52 (53) | Ungarn | 73,4 |
| 55 (52) | Rumänien | 73,3 |
| 57 (44) | Kosovo | 73,2 |
| 61 (59) | Bulgarien | 72,0 |
| 64 (71) | Ukraine | 70,2 |
| 69 (76) | Usbekistan | 69,9 |
| 80 (70) | Kirgisische Republik | 67,8 |
| 82 (63) | Albanien | 67,7 |
| 90 (89) | Bosnien-Herzegowina | 65,4 |
| 106 (126) | Tadschikistan | 61,3 |

* nur OAOEV-Länder. Der Report bewertet die Rahmenbedingungen für Geschäftsgründungen und -tätigkeit in zehn Kategorien auf einer Skala von 0 (schlechteste Performance) bis 100 (beste Performance). Quelle: Weltbank

Antrittsbesuch des kasachischen Präsidenten

Der neue kasachische Präsident Kassym-Shomart Tokajew eröffnete bei seinem Antrittsbesuch in Berlin den Berliner Eurasischen Klub (BEK) und nahm an einem vom OAOEV organisierten Unternehmergespräch teil.



Präsident Tokajew eröffnet den Berliner Eurasischen Klub.

Anlässlich des Antrittsbesuchs des neuen kasachischen Präsidenten Kassym-Shomart Tokajew in Berlin am 5. und 6. Dezember, organisierte der OAOEV in Kooperation mit der kasachischen Botschaft in Berlin ein Unternehmertreffen mit dem Präsidenten im Hotel Adlon. Begrüßt wurde Tokajew unter anderem durch den OAOEV-Vorsitzenden Oliver Hermes und die Stellvertretende Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser.

Hermes lobte in seiner Eröffnungsrede die Diversifizierungsstrategie Kasachstans, das sich von Öl- und Gasexporten unabhängig machen möchte „Green Economy, Digitalisierung, Ausbau der Infrastruktur – Kasachstan wendet sich offensiv der Zukunft zu und ist damit vielen Ländern einen großen Schritt voraus“, so Hermes. Die deut-

sche Wirtschaft stehe bereit, die Modernisierung der kasachischen Wirtschaft aktiv mitzugestalten.

Insgesamt bestand die OAOEV-Delegation aus über 20 Vertretern großer und mittelständischer Unternehmen. Von kasachischer Seite nahmen 14 Vertreter aus Politik und Wirtschaft am Treffen teil, darunter auch Außenminister Mukhtar Tleuberdi und der Stellvertretende Premierminister Roman Sklyar, der von Präsident Tokajew zum direkten Ansprechpartner für deutsche Investoren bestimmt worden ist.

Berliner Eurasischer Klub mit Präsident

Am Morgen des 6. Dezember eröffnete Tokajew die 28. Sitzung des Berliner Eurasi-

schen Klubs (BEK), eine hochrangige deutsch-kasachische Konferenzreihe, die 2012 durch den damaligen kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew begründet worden war und die gemeinsam von OAOEV und der kasachischen Botschaft in Berlin organisiert wird. In seiner Keynote nannte Tokajew Deutschland den wichtigsten „strategischen Partner“ seines Landes innerhalb der EU. Man werde nie vergessen, dass die EU auf deutsche Initiative 2007 erstmals eine Zentralasien-Strategie entwickelt habe. Diese ist erst im laufenden Jahr aktualisiert worden. Zusammen mit der ebenfalls neuen Konnektivitätsstrategie der EU seien damit die Voraussetzungen für verstärkte Kooperationen gegeben.

Sein Land fördere bewusst multilaterale Organisationen und lehne die aktuellen

protektionistischen Tendenzen in der Weltwirtschaft ab, betonte Tokajew. Deshalb engagiere man sich auch für die WTO. Das nächste hochrangige Treffen der Welthandelsorganisation wird 2020 in der kasachischen Hauptstadt Nursultan stattfinden.

Bedingungen wie in Deutschland

Um deutsche Investoren warb Präsident Tokajew mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen und besonderen Vergünstigungen. Die kasachische Nationalbank werde zum Beispiel spezielle Kreditlinien in der Landeswährung Tenge anbieten, um Wechselkursrisiken zu beseitigen. Zudem stellte der Präsident deutschen Produzenten, die von Kasachstan aus in Drittländer exportieren wollen, besondere Fördermaßnahmen in Aussicht, die es so bislang für kein anderes Land gebe. Allen deutschen Investoren versprach Tokajew Bedingungen, wie sie aus Deutschland gewohnt seien.

An der Sitzung des Klubs in der Berliner Axica nahmen über 300 Vertreter von Unternehmen, Stiftungen und Thinktanks aus Kasachstan und Deutschland teil, darunter auch die Staatssekretäre Ulrich Nußbaum (Wirtschaft und Energie) und Uwe Feiler (Ernährung und Landwirtschaft). Moderiert wurde die Veranstaltung durch Peter Tils, Ko-Vorsitzender des Deutsch Kasachischen Wirtschaftsrats.

Für den OAOEV begrüßte Präsidiumsmitglied Niko Warbanoff, Vorsitzender der Geschäftsführung DB Engineering & Consulting GmbH, die Teilnehmer. Er nahm in seiner Rede insbesondere Bezug auf Chancen, die sich für die deutsch-kasachische Zusammenarbeit aus der chinesischen Seidenstraßen-Initiative Belt & Road ergeben. Die Möglichkeiten Kasachstans für neues Wachstum seien durch eine engere Verzahnung der chinesischen Initiative mit der EU-Konnektivitätsstrategie sehr groß. Nun

sei es die Aufgabe der EU, auf Augenhöhe mit China engere Kooperationen zu entwickeln. Warbanoff fungiert ebenfalls in Zukunft als Ko-Vorsitzender für den Deutsch-Kasachischen Wirtschaftsrat und dankte Peter Tils für dessen jahrelanges Engagement für dieses Gremium.

Grüne Geldanlagen im Trend

Im Anschluss an die Eingangsstatements zu den deutsch-kasachischen Wirtschaftsbeziehungen wurde in einer von Peter Tils moderierten Podiumsdiskussion vertieft über Kooperationsmöglichkeiten in den Feldern Landwirtschaft, Finanzen und Infrastrukturentwicklung diskutiert. Auffällig war dabei, dass das Thema Klimaschutz zunehmend Eingang in wirtschaftliche Zukunftskonzepte nimmt. So könnte eine verstärkte Nachfrage nach „grünen Geldanlagen“ entsprechende deutsch-kasachischen Projekte etwa im Bereich der Erneuerbaren

Energien stimulieren. Klimaneutralität sei für viele Anleger ein zunehmend wichtiges Kriterium für ihre Anlagestrategie, so der Tenor.

Im Rahmen des Präsidentenbesuchs in Berlin wurden rund 30 Verträge zu neuen Investitionen und Kooperationen zwischen deutschen und kasachischen Unternehmen unterzeichnet. Der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes unterschrieb Absichtserklärungen über eine intensiviertere Zusammenarbeit mit Kazakh Invest und dem International Finance Center Astana. Beide Institutionen und deren Angebote sollen in Deutschland stärker bekannt gemacht werden.

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV



Der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes unterzeichnete Kooperationen mit Kazakh Invest und dem Internationalen Finanzzentrum Astana.

Ein europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Ostukraine

Vor dem Gipfeltreffen im Normandie-Format im Dezember hat der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) einen Acht-Punkte-Plan zum Wiederaufbau der Ostukraine vorgelegt, der den Friedensprozess von Minsk unterstützen soll.



Präsident Selenskyj im Juni 2019 bei einem vom OAOEV mitorganisierten Gespräch mit deutschen Unternehmen.

Vor dem Gipfeltreffen im Normandie-Format am 9. Dezember 2019 in Paris hat der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) einen europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Ostukraine vorgeschlagen. „Es ist Zeit, den Wiederaufbau in der Ostukraine zu einer gemeinsamen europäischen Aufgabe zu machen und damit den Menschen zu signalisieren, dass es eine klare wirtschaftliche Perspektive für die Zeit nach dem Krieg gibt“, erläutert der Vorsitzende des OAOEV Oliver Hermes die Initiative. „Der Gipfel von Paris ist eine historische Chance. Jetzt muss alles dafür getan werden, um neue Brücken zu bauen, über die wir wieder zueinanderfinden können.“

Geberkonferenz für Wiederaufbaufonds

Die Vorschläge des OAOEV bestehen aus insgesamt acht Maßnahmen, die im Falle eines erfolgreichen Gipfeltreffens umge-

setzt werden können (siehe S. 9). Erster Schritt ist eine internationale Geberkonferenz, auf der Mittel für den Wiederaufbau der Ostukraine eingeworben werden. „Wir gehen von einem ersten, akuten Finanzbedarf von mindestens drei Milliarden Euro aus“, so Hermes. „Diese Gelder sollten ausschließlich in den vom Krieg direkt betroffenen Kommunen und zu gleichen Teilen auf beiden Seiten der derzeitigen Kontaktlinie eingesetzt werden.“

Zur sachgerechten Verwaltung der Mittel schlägt der OAOEV die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds bei der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) vor. Die Gelder sollten zur Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur, für attraktive Investitionskredite und zur Absicherung von Handels- und Kreditgeschäften genutzt werden. Denkbar sei zudem, die vom Krieg betroffenen Regionen zu einer großen Sonderwirtschaftszone weiterzuentwickeln.

Business Advisory Council und Wirtschaftstrialog

Zur Unterstützung des Wiederaufbaus setzt sich der OAOEV für die Gründung eines Business Advisory Councils (BAC) für die Ostukraine ein, bestehend aus Vertretern von Wirtschaftsverbänden aus der Ukraine, Russland, der EU und allen interessierten OSZE-Ländern. „Ein ähnliches Modell hat es unter Beteiligung des Ost-Ausschusses Anfang der 2000er Jahre auch für den Friedensprozess auf dem Westbalkan gegeben“, sagte Hermes. Entscheidend für erfolgreiche Investitionen sei zudem, dass alle Gebiete in der Ostukraine wieder in nationale und internationale Handelsbeziehungen und Wertschöpfungsketten einbezogen werden können. „Wir schlagen vor, die laufenden Verhandlungen über einen neuen Gastransitvertrag zwischen der Ukraine und Russland unter Vermittlung der EU zu einem Wirtschaftstrialog zu allen strittigen Wirtschaftsfragen zu erweitern“, erläuterte Hermes. „Ziel dieses Trialogs ist es, nachhaltige Energiebeziehungen zu entwickeln, bestehende Handels- und Investitionshemmnisse einschließlich der gegenseitigen Sanktionen abzubauen und die Perspektive auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu öffnen.“

Das Konzept für einen europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt für die Ostukraine hatte der OAOEV zuvor mit Partnern im In- und Ausland diskutiert und den am Normandie-Format beteiligten Regierungen übermittelt.

Der Entwurf für einen Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Ostukraine ist auf der Internet-Seite www.oaov.de in deutscher, englischer, russischer und ukrainischer Sprache verfügbar.

Andreas Metz

Leiter Presse und Kommunikation im OAOEV

Kernbestandteile des Stabilitäts- und Wachstumspakts für die Ostukraine

1. Internationale Geberkonferenz

Der Wiederaufbau in der Ostukraine ist eine internationale Aufgabe. Um die sich jetzt bietende Chance für einen dauerhaften Frieden und Versöhnung zu nutzen, sollte 2020 eine internationale Geberkonferenz organisiert werden, auf der Geld für den Wiederaufbau der Ostukraine eingeworben wird. Die OSZE, und hier insbesondere die im Rahmen des Normandie-Formats vermittelnden Länder Frankreich und Deutschland, könnte dabei die Federführung übernehmen.

2. Wiederaufbaufonds für die Ostukraine

Zur sinnvollen Verwaltung der bei der Geberkonferenz eingeworbenen Mittel sollte ein Wiederaufbaufonds bei der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) oder einer vergleichbar anerkannten internationalen Institution eingerichtet werden. Ein Teil der Fondsgelder soll dazu dienen, Wiederaufbauprojekte in allen vom Krieg betroffenen Gebieten in der Ostukraine direkt zu finanzieren und insbesondere die zerstörte Infrastruktur zwischen den getrennten Landesteilen wiederherzustellen, um damit schrittweise die Voraussetzung für die Rückkehr privater Investoren zu schaffen. Die großen Anstrengungen, die der ukrainische Staat selbst bereits unternimmt, sollen damit unterstützt werden. Dazu ist eine enge Abstimmung notwendig.

3. Kreditangebote für Investoren und Handel

Investitionen im und Lieferungen in den Osten der Ukraine werden noch auf Jahre einem erhöhten Ausfallrisiko unterliegen. Um dennoch private Investoren zu mobilisieren und den Handel zu fördern, sind besonders attraktive Finanzierungsbedingungen notwendig. Um diese zu ermöglichen, soll ein zweiter Teil der Gelder aus dem Wiederaufbaufonds in Form von Investitionskrediten zu besonders günstigen Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Ein weiterer Teil schließlich soll der Risikoabsicherung von privaten Handels- und Kreditgeschäften dienen.

4. Sonderwirtschaftszone Ostukraine

Die vom Krieg betroffenen Regionen leiden nicht nur unter einer zerstörten Infrastruktur, dort ist zudem seit vielen Jahren eine Modernisierung der auf Kohle, Stahl und Schwerindustrie konzentrierten Wirtschaft unterblieben. Der Wiederaufbau der Region ist gleichzeitig eine Chance, den dringend notwendigen Strukturwandel in Gang zu setzen. Wir regen an, die vom Krieg heimgesuchten Gebiete beiderseits der Kontaktlinie für die Zeit des Wiederaufbaus zu einer großen Sonderwirtschaftszone mit flächendeckend attraktiven Ansiedlungskonditionen für Investoren zu erklären. Dazu gehören geringe Steuern und Abgabensätze, reduzierte Landnutzungsgebühren sowie Zollprivilegien und Sonderkonditionen bei der Kreditvergabe.

5. Business Advisory Council

Zur Begleitung von Wirtschaftsreformen und Projekten schlagen wir die Gründung eines Business Advisory Councils (BAC) für die Ostukraine vor, bestehend aus Vertretern von Wirtschaftsverbänden aus der Ukraine, Russland, der EU und allen interessierten OSZE-Ländern. Das BAC soll die ukrainischen Behörden im Reformprozess beraten, bei der Identifizierung von vordringlichen Projektvorhaben unterstützen, den wirtschaftlichen Reformprozess in den Kommunen der Ostukraine beratend begleiten und Anlaufstelle für private Investoren sein. Zur Koordinierung der Arbeit sollte ein festes Sekretariat in der Region eingerichtet werden.

6. Internationale Investitionskonferenz

Der Wiederaufbau der Ostukraine und dort bestehende Investitionsmöglichkeiten sollten einmal jährlich in den Mittelpunkt einer internationalen Wirtschaftskonferenz gestellt werden. Hierbei kann das Business Advisory Council Unterstützung leisten. Denkbar wäre es, diese jährliche internationale Wirtschaftskonferenz etwa im Umfeld von hochrangigen politischen Treffen im Normandie-Format durchzuführen, um einen engen Austausch der Wirtschaft mit den verantwortlichen Politikern zu gewährleisten und Forderungen der Wirtschaft an die Politik gezielt adressieren zu können.

7. Wiederherstellung der Handelsbeziehungen in der Ostukraine

Um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der Ostukraine zu erreichen, muss die Region Schritt für Schritt wieder in nationale und internationale Handelsbeziehungen und Wertschöpfungsketten einbezogen werden. Ein erster Schritt dazu ist die vollständige Normalisierung des Handels innerhalb der Region und zwischen den Gebieten beiderseits der Kontaktlinie. Notwendig ist darüber hinaus aber auch die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen der Ukraine, Russland, der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion.

8. Wirtschaftstrialog zwischen der EU, Ukraine und Russland

Um bestehende Konflikte zu überwinden und die Wirtschaftsbeziehungen dauerhaft zu verbessern, schlagen wir einen regelmäßigen Wirtschaftstrialog der verantwortlichen Politiker und Experten aus der Ukraine, Russland und der EU unter Einbeziehung von Wirtschaftsverbänden vor. Ziel dieses Trialogs ist es, nachhaltige Energiebeziehungen zu entwickeln, bestehende Handels- und Investitionshemmnisse einschließlich der gegenseitigen Sanktionen abzubauen und die Perspektive auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok zu öffnen. Langfristig ist es dazu notwendig, dass sich die EU, die Eurasische Wirtschaftsunion und die Länder, die geographisch zwischen diesen Wirtschaftsräumen liegen, über den Abbau von Zoll- und Visaschranken und die Angleichung von Normen, Standards und Zertifizierungsregeln verständigen.

OAOEV-Delegation traf Russlands Präsidenten

Am 6. Dezember fand in der russischen Schwarzmeer-Stadt Sotschi das traditionelle jährliche Treffen einer OAOEV-Delegation mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin statt.

Das ursprünglich für den 9. Dezember geplante Jahrestreffen, das nunmehr bereits zum vierten Mal stattfand, war wegen des Normandie-Gipfels in Paris kurzfristig um drei Tage vorverlegt worden.

An dem dreistündigen Gespräch in der Residenz des Präsidenten nahmen auch der stellvertretende Premierminister Dmitrij Kosak, der Minister für Industrie- und Handel Denis Manturow, der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maxim Oreschkin, die Gesundheitsministerin Weronika Skworzowa sowie Spitzenvertreter der russischen Wirtschaft teil. Zur OAOEV-Delegation gehörten 22 Unternehmensvertreter, darunter die stellvertretende OAOEV-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser, der frühere Ost-Ausschuss-Vorsitzende Klaus Mangold, der Vorsitzende der OAOEV-Geschäftsführung Michael Harms sowie die Regionaldirektorin für Russland Christiane Schuchart. Im Mittelpunkt des Treffens standen die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und vor allem die konkreten Investitionsvorhaben der teilnehmenden Unternehmen.

Hoffnung auf Lockerung der Sanktionen

Die Delegationsleiterin und stellvertretende OAOEV-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser drückte die Hoffnung der deutschen Wirtschaft aus, dass der Normandie-Gipfel zu Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens führt und damit den Weg für die Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen ebnen könnte: „Wir hoffen, dass die Sanktionen nach dem Pariser Treffen aufgehoben werden können, denn die Milliarden, die dadurch verloren gehen, könnten in die Wiederherstellung der Wirtschaft und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents investiert werden“, sagte sie.

Sie warb für eine schnelle Einigung auf einen neuen Gastransitvertrag zwischen Russland



Eine OAOEV-Delegation traf Präsident Putin in Sotschi

und der Ukraine als Teil einer umfassenden Konfliktlösung: „Wir sind überzeugt, dass es wichtig ist, das Transitnetz der Ukraine zu erhalten, um eine zuverlässige und dauerhafte Versorgung Europas mit russischem Gas zu gewährleisten“, sagte Claas: „Wir sind auch zuversichtlich, dass das Projekt Nord Stream 2 ein großer Erfolg wird. Wir brauchen beides. Wir brauchen zwei Wege, denn der Bedarf an Gas ist gestiegen, und Rohrleitungsgas ist der beste Weg, um es zu liefern.“

Die gute Nachricht sei, dass die deutsche Wirtschaft weiterhin in Russland investiere. „Um die positive Dynamik zu erhöhen, ist es unerlässlich, die mit den Sanktionen verbundenen Risiken zu überwinden, bürokratische Barrieren abzubauen und die Lokalisierungsziele pragmatischer zu gestalten“, sagte Claas.

Deutsche Technologien für Russland

Gastgeber Wladimir Putin hob zur Begrüßung die Bedeutung der deutschen Wirtschaft für Russland hervor und lobte deren Pragmatismus und Kooperationsbereitschaft. „Deutsche Unternehmen exportieren hochmoderne Ausrüstungen und Maschinen auf den russischen Markt und beteiligen sich auch an den Programmen zur Entwicklung und Modernisierung der russischen Industrie und Infrastruktur“, sagte er: „Mit deutscher Technologie und

Investitionen produziert Russland Pkw und Lkw, Eisenbahn- und Landmaschinen, Elektrogeräte und Baumaterialien.“ Im Hinblick auf den Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 unterstrich Putin die Bedeutung Russlands als jahrzehntelanger, zuverlässiger Energielieferant: Nord Stream 2 sei ein weiterer Beitrag zur Stärkung der Energiesicherheit auf dem europäischen Kontinent. Dies bedeute nicht, dass Russland den Gastransit durch die Ukraine einstellen werde.

Putin räumte ein, dass es noch nicht gelungen sei, das Geschäfts- und Investitionsklima in Russland umfassend zu verbessern. Es werde aber viel getan, um administrative Barrieren zu beseitigen und die besten steuerlichen Bedingungen für Unternehmen zu schaffen. Putin lud deutsche Unternehmen dazu ein, sich an großen internationalen Wirtschaftsveranstaltungen wie dem St. Petersburg und dem Östlichen Wirtschaftsforum zu beteiligen und in Sonderwirtschaftszonen und vorrangigen Entwicklungsgebiete zu investieren. Die deutschen Unternehmensvertreter sagten zu, sich verstärkt am St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF) zu beteiligen. Für 2021 wird angestrebt, dass Deutschland erneut Partnerland des SPIEF wird.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV

Gemeinsam auf Wachstumskurs

Osteuropa und Zentralasien sind Wachstumsregionen – das gilt zumindest aus Agrarperspektive uneingeschränkt. Die großen Flächenstaaten, die mit dem Ende der Sowjetunion 1991 auf der Landkarte erschienen, bauen ihr agrarwirtschaftliches Potenzial inzwischen deutlich aus: Die Ukraine als traditionell berühmter Agrarstandort, Kasachstan mit viel Platz für Neues, und natürlich Russland, das seine Agrarexporte bis 2024 auf 45 Milliarden US-Dollar verdoppeln will. Das Motiv ist klar: Nur nachwachsende Rohstoffe versiegen nicht – im Gegensatz zu Öl und Gas, die bislang das wirtschaftliche Rückgrat aller drei Flächenstaaten bilden.

Eine große Rolle spielt in allen drei Ländern der Getreideanbau, aber auch die Viehwirtschaft nimmt an Bedeutung zu. Sie sind nicht ohne Grund die drei Partnerländer der German Agribusiness Alliance in Osteuropa und Zentralasien. China als nimmersatter Nachbar im Osten unseres Kontinents ist ein vielversprechender Markt für Agrarexporteure in der Region – seien es Getreide, Schweine- oder Rindfleisch, Milch und Milchprodukte. Die Zahl der Handelsabkommen mit China steigt, entsprechend groß sind die Hoffnungen, die eigene Landwirtschaft zu einem Spitzenzweig der heimischen Wirtschaft zu entwickeln – so groß, dass wir im Rahmen des Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) im Januar 2020 ein Fachpanel zu diesem Thema veranstalten!

Ist also alles „in Butter“? So ambitioniert die Wachstumspläne auch sein mögen – ohne Spitzentechnologien sind sie schwer realisierbar: Überholte Landtechnik, Saaten aus dem letzten Jahrhundert oder Tiergenetik aus Sowjetzeiten sind nicht das Handwerkszeug für nachhaltig global agierende Agrarexporteure. Erst neuestes Know-how kann dazu beitragen, im Wettbewerb um die vorderen Ränge im Agrargeschäft Spitzenplätze zu belegen.

Doch die Realität sieht oftmals anders aus: Gesetzliche Regelungen bremsen Technologietransfer und Wissensaustausch aus – aus oftmals profanen Gründen. So haben wir Pflanzenzüchter große Sorge unsere Ware nach Russland hineinzubekommen, und wir befürchten, dass damit die russischen Ernten und somit Russlands Agrarexporte in Gefahr geraten, weil das russische Saatgut nicht immer leistungsfähig genug ist und auch beim Klimawandel aus der Puste kommt. Die Produzenten sollten selbst über die einzusetzenden Technologien entscheiden können, vor allem, wenn von diesen Technologien die Ernährungssicherheit eines Landes abhängt.

Die German Agribusiness Alliance/Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft wird umso mehr auch weiterhin für einen gemeinsamen Wachstumskurs im Agrarsektor werben – überzeugen Sie sich selbst auch im Rahmen unserer Russland-Veranstaltung zu Beginn der Grünen Woche!

Bis dahin
beste Grüße!



Torsten Spill

Vorsitzender der German Agribusiness Alliance/Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Zwischen Bug und Tien-Schan

Während in der Ukraine eine liberale Grundströmung auch die Agrarpolitik beeinflusst, setzt Kasachstan eher auf Protektionismus. Ein Überblick über aktuelle Entwicklungen in der Agrarpolitik beider Länder.

Russland hat sich die Verdopplung seiner Agrarexporte bis 2024 zum Ziel gesetzt (s. den Beitrag „Offene Wünsche“ in den OEI 9/10-2019), aber wie sehen die agrarpolitischen Entwicklungen in den anderen Flächenstaaten der Region, in der Ukraine und Kasachstan, aus?

Libérale Grundströmung in der Ukraine

Mit der Wahl von Wolodymyr Selenskyj zum Präsidenten der Ukraine ist neue Bewegung in den politischen Betrieb des Landes gekommen: Zunächst ohne Parlamentsrückhalt wenig durchsetzungsstark, hat Selenskyj bei den Parlamentsneuwahlen im Juli maßgebliche Unterstützung für seine politischen Pläne erhalten und setzt auf deren rasche Umsetzung. Mit der am 30. August bestätigten Regierung soll der Kampf gegen Korruption und für weitere liberale Wirtschaftsreformen intensiviert werden. Der neue Ministerpräsident Hontscharuk forderte ukrainische und ausländische Investoren dazu auf, vor allem in den Bodenmarkt, den Energiebereich, in Infrastrukturprojekte und den Gesundheitssektor zu investieren. Die neue Regierung werde alles tun, um die Risiken für Investoren zu mindern und die Korruption zu bekämpfen.

Vor dem Hintergrund der sich langsam erholenden Wirtschaft und der Landeswährung sind neue Impulse von entscheidender Bedeutung und auch für die Gewährung internationaler Kredite etwa durch den Internationalen Währungsfonds zentral.

Im Zuge der Regierungsbildung war auch die Eingliederung des Agrar- in das Wirtschaftsministerium beschlossen worden - inwiefern hier auch Symbolpolitik und Aktionismus zum Ausdruck kommen, muss sich zeigen. Unter der Leitung von Wirtschaftsminister Tymofij Mylowanow sind



Kasachstan will seinem Agrarsektor neue Perspektiven eröffnen.

insgesamt drei Vizeminister für die Landwirtschaft zuständig. Taras Wysozkij, als langjähriger Geschäftsführer des Ukrainian Agribusiness Club (UCAB) auch für die German Agribusiness Alliance (GAA) seit Langem ein guter Partner, wird dort insbesondere mit der Etablierung des Bodenmarkts befasst sein und eine klar liberale Linie fahren.

Bodenkauf ab 2020 erlaubt

Bodenkauf soll bereits ab 2020 möglich sein – was zunächst Liquidität binden und sich auf den Absatz landwirtschaftlich nötiger Inputs und weitere Investitionen auswirken wird. Wann sich Bodenbesitz als Beleihungsmöglichkeit zum Zwecke neuer Investitionen etabliert, bleibt abzuwarten. Sollte der Kurs der Griwna weiter steigen, würde dies den Kauf internationaler Produkte beflügeln. Seit 2018 sind Landtechnik-Käufe in der Ukraine vor dem Hintergrund der unklaren Bodenmarktentwicklung merklich zurückgegangen.

Besonders zu beobachten sein wird die Haltung der Regierung zu zentralen agrarpolitischen Fragen, denen sich die Wirtschaft gegenüber sieht – darunter die der politisch gewünschten, aber kaum wirtschaftlichen Lokalisierung von Landtechnikproduktion, die Ungleichbehandlung internationaler Unternehmen bei der Besteuerung von Agrarexporten oder die nicht zeitgemäße Ausbildung von Fachkräften für die Landwirtschaft.

Dass Anfang September die Frage der Exporte zu vernichtender Pestizid-Altbestände nach jahrelanger internationaler Intervention positiv gelöst wurde, zeigt eine wachsende Offenheit gegenüber solchen Themen. Eine Vernichtung in der Ukraine war aufgrund mangelnder Einrichtungen nicht möglich, ein Export zuvor jedoch lange verboten. Augenmaß ist auch bei der Öffnung des Bodenmarkts extrem wichtig.

Mit der liberalen Grundströmung der neuen Regierung in Kiew ist die Entwicklung der ukrainischen Agrarwirtschaft auf gutem

Kurs, vorausgesetzt, das Land und seine Verwaltung sind angemessen auf die Freigabe des Bodenmarkts vorbereitet. Eine grundsätzliche Kursänderung weg von internationaler Kooperation und Abstand zur Europäischen Union (EU) ist nicht zu erwarten. Umso wichtiger bleibt, die Bedeutung des Agrarsektors für die ukrainische Volkswirtschaft und die Dringlichkeit von Petita der internationalen Agrarwirtschaft gegenüber den größtenteils jungen und neu ins Amt gekommenen Entscheidungsträgern beständig zu unterstreichen. Auch dazu wird die German Agribusiness Alliance ihre gewonnenen Kontakte in Kiew nutzen und ausbauen.

Kasachstan will Agrarsektor fördern

Mit der Wahl von Kassym-Schomart Tokajew zum neuen Präsidenten Kasachstans im Juni 2019 war der Wunschnachfolger von Kasachstans erstem und bislang einzigen Präsidenten Nursultan Nasarbajew wie geplant ins Amt gekommen: Tokajew war zunächst interimistisch im Amt und hatte dann bei überraschend vorgezogenen Neuwahlen erfolgreich kandidiert. Er wird den bisherigen Kurs des Landes – gekennzeichnet durch politische Multivektoralität, wirtschaftliche Liberalisierung, aber auch weiterhin autoritäre Tendenzen – fortsetzen, ohne das politische Erbe seines Vorgängers in Frage zu stellen. Die von Nasarbajew Ende Februar berufene neue Regierung ist auch unter seinem Nachfolger im Amt – inklusive Ministerpräsident Askar Mumin und Agrarminister Saparchan Omarow.

Nach wie vor leidet Kasachstan an der drastischen Abwertung seiner Währung (Tenge) Mitte 2015. Anfang September hatte Tokajew in seiner Rede vor dem Parlament als „Botschaft an das kasachische Volk“ die weitere Umsetzung wirtschaftlicher Reformen angemahnt – für den Agrarsektor un-

terstrich der Präsident das Potenzial für den Ökolandbau und kündigte die Erhöhung bewässerter Flächen auf drei Millionen Hektar bis 2030 und damit die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um das 4,5-fache, weitere ausländische Investitionen, die Steigerung der Veredelungsquote im Land sowie staatliche Unterstützung bei der Auslandsvermarktung kasachischer Agrarprodukte an.

Mit Nachdruck verwies Tokajew zudem darauf, „ineffizienter Bodennutzung“ ein Ende zu bereiten, in der Praxis also wohl gegen brachliegendes Eigentum vorzugehen. Einem freien Bodenverkauf erteilte Tokajew erneut eine Absage – 2016 war es zu landesweiten, für Kasachstan ungewöhnlich deutlichen Protesten aus Angst vor dem Verkauf von Boden an chinesische Investoren gekommen.

Industriepolitische Kuh noch nicht vom Eis

Problematisch bleibt bislang die Industriepolitik des Landes: Zwar hat Kasachstan 2019 nach jahrelangen Verhandlungen letzte Verbindlichkeiten aus geplatzten Hermes-Bürgschaften übernommen, doch öffnet es sich internationaler Technologie nur

bedingt. Nach wie vor in der Diskussion durch die kasachische Regierung ist die Einführung einer sogenannten „Recycling fee“ auf Landtechnik, die je nach Fertigungsort zu einer Bevorzugung von inländisch hergestellten Modellen führt, damit wettbewerbsverzerrend wirkt und der von Tokajew geforderten Effizienzsteigerung im Agrarsektor nicht zuträglich ist. Trotz intensiver Bemühungen auch der German Agribusiness Alliance, die kasachische Politik von dieser Gebühr abzubringen, ist diese industriepolitische Kuh noch nicht vom Eis. Insgesamt fährt Kasachstan seit der Abwertung des Tenge 2016 einen tendenziell protektionistischen, an Russlands Politik erinnernden Kurs.

Vor dem Hintergrund der von Präsident Tokajew geforderten Maßnahmen ist mit einer stärkeren internationalen Positionierung Kasachstans als Agrarproduzent zu rechnen – die damit einhergehenden Chancen – insbesondere in der Tierproduktion – bleiben spannend.

Dr. Per Brodersen

Geschäftsführer German Agribusiness Alliance/Arbeitsgruppe Agrarwirtschaft beim OAOEV



Zunehmende Bedeutung der Landwirtschaft

Die OEI sprachen mit Dirk Stratmann (John Deere), dem Ländersprecher Ukraine und Zentralasien in der AG Agrarwirtschaft/German Agribusiness Alliance, über aktuelle Entwicklungen im Agrarsektor der Region.



Dirk Stratmann

Ländersprecher Ukraine und Zentralasien
in der AG Agrarwirtschaft/German
Agribusiness Alliance

Herr Stratmann, Sie sind seit Kurzem in der AG Agrar Sprecher für ganz Zentralasien, nicht nur für Kasachstan. Warum wurde der Länderkreis ausgeweitet?

Die Erweiterung des Länderkreises ist im Wesentlichen auf die zunehmende Bedeutung der Landwirtschaft in den Nachbarländern Kasachstans zurückzuführen. In Usbekistan hat der politische Wandel seit 2016 zu einer Marktöffnung für westliche Anbieter geführt, die neue Chancen nicht nur im Bereich Landwirtschaft eröffnet hat. Turkmenistan liegt für viele noch weitgehend im Verborgenen, aber auch dort spielt die Landwirtschaft neben Gas eine wichtige Rolle. In den vergangenen drei Jahren lag der Fokus auf einer Modernisierung der Baumwollproduktion mit dem Ziel, den eigenen Markt zu versorgen, aber auch im Export Devisen zu erwirtschaften, die dann der Gesamtwirtschaft zugutekommen.

Wie beurteilen Sie das landwirtschaftliche Potenzial in Turkmenistan und Usbekistan im Vergleich zu Kasachstan?

Kasachstan ist bekannt für seinen Weizen, einem der Produktionsschwerpunkte der großen landwirtschaftlichen Betriebe im

Norden des Landes. In Usbekistan ist traditionell die Baumwollproduktion sehr stark etabliert. Nach der Öffnung des Landes hat man sich bemüht, das teilweise kritische Image, was etwa Kinderarbeit angeht, abzustreifen, um größere Chancen auf dem Weltmarkt für Rohbaumwolle oder Textilien zu haben. Wir waren im Mai mit Bundespräsident Steinmeier vor Ort und konnten modernste Spinnereitechnik aus deutscher und Schweizer Produktion sehen, die natürlich auf den Rohstoff angewiesen ist. In Turkmenistan geht das „weiße Gold“ noch eher unverarbeitet auf die Märkte.

In der Ukraine tut sich ja auch Einiges im Agrarsektor – Stichwort Bodenmarkt. Wie beurteilen die die Entwicklung dort?

Bei unseren Gesprächen mit Präsident Selenskyj ging es eigentlich immer um ein Thema, das ist die Landreform und deren Folgen. Das ist einerseits eine Jahrhundertaufgabe mit einem großen sozialen Aspekt, nämlich der Frage der Gerechtigkeit beim Zugriff auf Land und der Vermeidung von „Land grabbing“. Auf der anderen Seite ist es ein notwendiger Schritt, der für die Betriebe vor allem die Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen deutlich verbessert, weil diese Ländereien als Sicherheit verwendet werden können. Es ist schwierig, diese Balance aus sozialer Verträglichkeit und direktem wirtschaftlichem Vorteil in einem Land zu finden, das durch wirtschaftliche und politische Unsicherheiten und nicht zuletzt durch korrupte Elemente geprägt ist. Diese Frage ist aber entscheidend für das Land, weil die Landwirtschaft einer der stärksten Wirtschaftszweige ist.

Wie entwickelt sich der Markt für Landtechnik in den Ländern?

Das Agribusiness in der Ukraine, insbesondere die großen Investoren, ist sehr innovativ, was neue Produktionsmethoden, Präzisionslandwirtschaft und Datenmanagement angeht. Diese Unternehmen fordern die

westlichen Lieferanten sehr stark, weil unsere Systeme häufig für reifere Märkte gemacht sind, die sich gar nicht so dynamisch weiterentwickeln und statischer sind. Diese Innovationsdynamik hat man in einem Land wie Russland, das viel stärker reguliert ist, zum Beispiel weniger. Dieser Prozess ist auch in Kasachstan schon vor einigen Jahren gestartet, allerdings konzentriert er sich auf die Großbetriebe im Getreideanbau. Usbekistan macht einen Quantensprung, was neue Technik angeht: Seit der Marktöffnung kommen große in- und ausländische Investoren, die in Clustern auf bis zu 100.000 Hektar mit den neuesten Technologien Baumwolle anbauen. Auch in Turkmenistan hat dieser Transformationsprozess begonnen.

Welche Rolle spielen internationale Landtechnikanbieter und welche Probleme gibt es?

Die Ukraine hat mit ihrer Ausrichtung auf westliche Märkte akzeptiert, dass die eigenen Landtechnikprodukte noch eine Rolle spielen, aber nicht die Innovationsführer sind. Bis auf ganz wenige Produkte kann die modernste Technologie ohne tarifäre oder nichttarifäre Handelshemmnisse eingeführt werden. Es gibt einen durchaus komplexen, aber bewältigbaren Zertifizierungsprozess. Die Regierung weiß, dass ohne Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern die Modernisierung der Landwirtschaft nicht zum Erfolg führen würde. In Zentralasien gibt es noch eher einen traditionellen Denkansatz. Jedes Land hat den Anspruch, eine eigene Landtechnikproduktion zu haben. Man verspricht sich davon Kostenvorteile, Arbeitsplätze und Exportmöglichkeiten. Das entspricht aber nicht der Strategie westlicher Anbieter. Wir versuchen hier, mit wirtschaftlich angepassten Projekten, guten Willen zu zeigen und partnerschaftlich zu agieren.

Das Gespräch führte
Christian Himmighoffen

Armenien: Landwirtschaft ist strategischer Sektor

Mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 15 Prozent ist die Landwirtschaft eine der wichtigsten Branchen für die armenische Volkswirtschaft. Dabei setzt das Land verstärkt auf Produktion und Export von Bioprodukten.

Fast ein Drittel aller Beschäftigten in Armenien sind in der Landwirtschaft tätig, wobei rund 317.000 Landwirtschaftsbetriebe etwa 97 Prozent der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion beisteuern. Die Regierung strebt als Hauptrichtungen der landwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie die Entwicklung des Landmarkts und der landwirtschaftlichen Infrastruktur sowie die Sicherung der landwirtschaftlichen Stabilität und die Reduzierung von Risiken an.

Im Agrarbereich wird die Regierungspolitik in den kommenden Jahren insbesondere darauf abzielen, die Produktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen, die Steigerung von Einnahmen für alle in die landwirtschaftliche Produktionskette einbezogenen Wirtschaftssubjekte zu fördern und die Sicherheit des Landes im Bereich der Nahrungsmittelversorgung zu erhöhen. In letzter Zeit hat die Regierung dazu schon eine Reihe von umfangreichen Subventionsmaßnahmen für die Landwirte angekündigt.

Verarbeitung von großer Bedeutung

Die Lebensmittelverarbeitung gilt schon seit kommunistischen Zeiten als eine der wichtigsten und produktivsten Wirtschaftszweige in Armenien. Die Bedeutung dieser Branche für den Beschäftigungsgrad der ländlichen Bevölkerung und deren Wohlstand ist enorm. Die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten trägt auch zur Sicherheit der Lebensmittelversorgung und zur Herausbildung eines Lebensmittelmarktes bei.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war die Lebensmittelverarbeitung wie die meisten Wirtschaftsbranchen allerdings in eine schwere Krise geraten. Armenien befand sich plötzlich in einer wirtschaftlichen Blockade und die meisten lebensmittelverarbeitenden Betriebe stellten ihre Arbeit ein.

Seit 1998 hat sich die Situation vor allem wegen der Investitionen aus dem Privatsektor und der Unterstützung internationaler Organisationen langsam verbessert. Seitdem hat sich die Branche dynamisch weiterentwickelt, und es gibt derzeit Schätzungen zufolge mehr als 1.600 lebensmittelproduzierende Betriebe in Armenien. Einige von ihnen sind nicht nur auf dem Binnenmarkt und den Märkten der GUS vertreten, sondern auch auf dem globalen Lebensmittelmarkt konkurrenzfähig und aktiv.

Obst- und Gemüseverarbeitung mit Tradition

Einer der wichtigsten Zweige der armenischen Agrarwirtschaft ist die Obst- und Gemüseverarbeitung, wobei die Traubenverarbeitung wegen ihrer hohen Bedeutung für die Landwirtschaft eine hervorgehobene Stellung einnimmt. Von den 1.600 Verarbeitungsbetrieben sind 57 mit Obst- und Gemüseverarbeitung (ohne Trauben) beschäftigt, davon sind neun Großbetriebe. Die Kapazität in der Obst- und Gemüseverarbeitung (ohne Trauben) beläuft sich auf 250.000 Tonnen pro Jahr. Allein in der Traubenverarbeitung sind rund 50 Betriebe tätig, deren gesamte produktive Kapazität 265.000 Tonnen jährlich beträgt.

Biolandwirtschaft im Kommen

Die organische Landwirtschaft ist seit der 1990er Jahren sehr populär geworden. Das Verlangen nach ökologischen Landwirtschaftsprodukten war ein starker Impuls nicht nur für die Obst- und Gemüseproduktion, sondern auch für Viehzucht, Bäckereien, die Produktion von Süßigkeiten, Kaffee, Tee und vielen anderen Produkten. Die Landwirtschaft in Armenien ist dabei keine Ausnahme und folgt den globalen Trends, was den Aufbau der Biolandwirtschaft angeht. Bereits seit 2009 gibt es in Armenien ein entsprechendes Gesetz und der erste Be-

trieb wurde bereits 2005 zertifiziert. Die Zertifikate der armenischen Zertifizierungsstelle werden in der EU, den USA und anderen westlichen Märkten anerkannt.

Biolandwirte sind eine kleine aber wachsende Bewegung in Armenien. Seit 2015 hat sich deren Anzahl verdoppelt. Sie bewirtschaften aktuell eine Fläche von 20.000 Hektar. Dazu hat die finanzielle und organisatorische Hilfe der EU und der Austrian Development Agency (ADA) substantiell beigetragen. Armenische Bioprodukte stoßen auf internationales Interesse. Sie wurden unter anderem auf Messen in Dubai, Deutschland und Großbritannien präsentiert. Das Ergebnis sind Aufträge im Wert von über einer halben Millionen Euro.

Beeren, Honig, getrocknete Früchte, Kräutertees und Biodünger – die Palette an Produkten, die in Armenien nach Bio-Kriterien hergestellt werden, ist breit und wächst weiter. Wichtig war, dass Bioprodukte ein neues Branding und neue Verpackungen erhielten. Marketingkampagnen steigerten das Bewusstsein für die Vorteile von Biolebensmitteln in Armenien, und die Landwirtschaftsschulen integrierten ökologische Landwirtschaft in einen neuen Lehrplan. Dadurch, und mithilfe eigens entwickelter Schulbücher und Trainingsunterlagen bildet Armenien nun seine zukünftigen Agrarexperten aus.

Dietmar Stiel

Deutscher Wirtschaftsverband Armenien

Armenien-Veranstaltung auf der BIOFACH in Nürnberg

"Das Potenzial armenischer Bio-Produkte für den deutschen Markt und die EU"

Messe Nürnberg, 13. Februar 2020, 15.00-17.00 Uhr

Agrarwirtschaft in Kürze

Russland entsendet Agrarvertreter

Das russische Landwirtschaftsministerium plant, Vertreter in insgesamt 50 Länder zu entsenden, davon allein drei nach China, um sein internationales Netzwerk zu erweitern. Dies sieht ein Regierungsbeschluss zur Unterstützung der Aktivitäten des Landwirtschaftsministeriums im Ausland vor. Die maximale Anzahl der Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums im Ausland wird durch die Zuweisung zusätzlicher Stellen bis 2023 41 betragen, und soll ab 2023 auf 52 erhöht werden.

Ukraine regelt Bioproduktion

Die ukrainische Regierung hat Anfang Dezember die Verordnung über biologische Produktion und den Umsatz von Bioprodukten genehmigt. Gemäß einem Regierungsbeschluss vom Oktober legt diese detaillierte Regeln für das Muster der Fruchtfolge sowie die Verwendung von organischem Dünger, Saat- und Pflanzgut, sowie Futtermitteln fest. Grundsätzlich regelt die Verordnung die Erzeugung und den Absatz von Bio-Erzeugnissen in Branchen wie dem Pflanzenbau, Tierhaltung, Aquakultur, Pilzzucht, ökologischen Lebensmitteln und Biofutter. Das Gesetz

über die Grundprinzipien und Anforderungen an die ökologische Erzeugung, den Handel, die Kennzeichnung und Zertifizierung von Bioprodukten war Anfang August in Kraft getreten.

Ehrendoktorwürde für Cathrina Claas-Mühlhäuser

Im Dezember erhielt die stellvertretende OAOEV-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser, Vorsitzende des CLAAS-Aufsichtsrats, in Anwesenheit der bulgarischen Agrarministerin Desislava Taneva die Ehren-

doktorwürde der Agrar-Universität Plovdiv. Der Landtechnikhersteller arbeitet seit 2016 mit der zweitgrößten Hochschule Bulgariens zusammen und fördert neben den technischen Vorlesungen insbesondere die praktische Ausbildung in den Agrarwissenschaften. „Wir sind stolz auf die offizielle Partnerschaft mit der Agrar-Universität Plovdiv, die einen weiteren Meilenstein unseres Engagements in Bulgarien darstellt“, sagte Claas-Mühlhäuser anlässlich der Verleihung des Titels. CLAAS fördert die Entwicklung von Forschung und Lehre. Für das neue Schulungszentrum der Universität stellt das Unternehmen zudem Traktoren und Erntemaschinen zur Verfügung.



Claas-Mühlhäuser (re.) erhielt die Urkunde von Rektorin Hristina Yancheva.

Länderanalysen mit Agrarschwerpunkt

Die Oktober-Ausgaben der Länderanalysen beschäftigen sich jeweils mit der Landwirtschaft. Die Russland-Analysen (Nr. 375) widmen sich Russlands (un-)heimlichen Aufstiegs zum weltweit größten Getreideexporteur und analysieren, was dies für den internationalen Getreidehandel und die globale Ernährungssicherheit bedeutet. Der Eingangsartikel liefert einen Überblick über die Charakteristika des russischen Getreidemarkts und wirft die Frage auf, inwieweit sich das bisher noch ungenutzte Weizenproduktionspotenzial mobilisieren lässt. Ein weiterer Beitrag konzentriert sich auf die Besonderheiten des russischen Getreidehandels und die Bedeutung des steten Anstiegs der Weizenexporte Russlands für den

globalen Weizenhandel. In den Ukraine-Analysen (Nr. 223) geht es um den ökologischen Landbau und das Bodemoratorium. Mitarbeiter des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) in der Schweiz stellen die Situation und Perspektiven der Biolandwirtschaft in der Ukraine vor. Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) geben einen einordnenden Überblick zu den Debatten der Bodenreform, die bereits seit Jahren äußerst kontrovers geführt werden.

Die Länderanalysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., dem Deutschen Polen-Institut, dem Leib-

niz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung und dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH herausgegeben.

www.laender-analysen.de



OAOEV-Delegation besuchte Bulgarien

Anfang Dezember führte eine gemeinsame Delegationsreise des OAOEV und der AHK Bulgarien zu Gesprächen nach Sofia. Auf dem Programm standen unter anderem Treffen mit Premier Borisov und Präsident Radev.



Die Delegation traf unter anderem Präsident Radev.

Anfang Dezember reiste eine Delegation des Ost-Ausschuss-Osteuropaver eins (OAOEV) unter Leitung von Janusz Kulik, Sprechers des OAOEV-Arbeitskreises Südosteuropa, zu Gesprächen nach Sofia. Die Reise hatte der OAOEV gemeinsam mit der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer (AHK) organisiert. Unternehmen unterschiedlicher Branchen wie Banken und Finanzdienstleistungen, Handel, Medizintechnik, Verkehrsinfrastruktur sowie Wasser- und Abfallwirtschaft waren der Einladung gefolgt. In Gesprächen mit Premierminister Boyko Borisov und Präsident Rumen Radev wurden aktuelle Unternehmensthemen adressiert sowie Investitionsvorhaben diskutiert.

Mit Bulgarien verbinden Deutschland und die deutsche Wirtschaft eine lange Tradition der Kooperation. Der bilaterale Handel konnte in den vergangenen zehn Jahren auf nun knapp acht Milliarden Euro verdoppelt werden. Bulgarien belegt damit unter den 29 OAOEV-Ländern einen sehr guten achten Platz. Und die Aussichten sind weiter günstig: Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung prognostiziert für Bulgarien ein BIP-Wachstum von 3,7 Prozent für das Jahr 2019 und drei Prozent für 2020.

Rückkehr von Fachkräften

Als gemeinsame Herausforderung gilt insbesondere das Thema Fachkräftesicherung. Mit Projekten im Bereich der dualen Berufsbildung ist die AHK Bulgarien mit ihren Mitgliedsunternehmen bereits seit Jahren im Land engagiert. Zugleich beobachtet man dort verstärkt Anzeichen der Rückkehr von Fachkräften, die zuvor im Ausland gearbeitet haben. Diesen positiven Trend weiter zu befördern und zugleich Erfahrungen mit Nachbarländern zu teilen, mit welchen Mitteln Fachkräfte für den heimischen Markt wiedergewonnen werden können, ist ein Thema, das den OAOEV auch in den kommenden Monaten beschäftigen wird.

Im Vorfeld dieser Gespräche hatte die Delegation Gelegenheit, sich bei einem Briefing mit dem deutschen Botschafter Christoph Eichhorn und der AHK über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen zu informieren. Dieser Dialog wurde dann mit Vertretern des AHK-Vorstands im Rahmen eines Mittagessens sowie beim Abendempfang fortgesetzt, den der Botschafter für die Delegation gab. Die Besichtigung des Standorts der Firma Festo in Sofia ergänzte das Bild um praktische Fragen, die im Zusammenhang mit der Pro-

duktion in Bulgarien aufkommen. Auch ein Gespräch mit dem ehemaligen Präsidenten Bulgariens Rossen Plevneliev (2012-2017), jetzt Chef der Stiftung „Solutions for the Future“, war Teil des Delegationsprogramms.

Kooperationsrat wird modernisiert

Begleitet wurde die Delegation durch Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) sowie der deutschen Botschaft in Sofia. BMWi-Vertreter Helge Tolksdorf nutzte die Gelegenheit, um über die Gespräche mit dem bulgarischen Wirtschaftsministerium über die Modernisierung des Deutsch-Bulgarischen Kooperationsrates zu informieren, die er am Vortag geführt hatte. Der OAOEV wird die Neuausrichtung des Kooperationsrates eng begleiten.

Bulgarien ist weiterhin ein attraktiver Standort für Investitionen und unternehmerisches Engagement. Dies zeigte sich in den Gesprächen, bei denen konkrete Vorhaben für das kommende Jahr angekündigt wurden.

Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa im OAOEV

Hausgemachte Störfaktoren belasten das Geschäft

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein (OAOEV) und die AHK Russland haben Anfang Dezember die Ergebnisse der Geschäftsklima-Umfrage Russland 2020 vorgestellt. Bürokratie, schwache Konjunktur und Protektionismus sind wichtige Störfaktoren.



Michael Harms (OAOEV, 2.v.li.) und Matthias Schepp (AHK Russland, 2.v.re.) stellen die Ergebnisse der Umfrage vor.

Das Geschäftsklima in Russland bleibt weiter eingetrübt. Die größten Störfaktoren im Russland-Geschäft deutscher Unternehmen sind dabei die Bürokratie und die schwache Konjunktorentwicklung. Aber auch protektionistische Hürden machen den Unternehmen zu schaffen. Die Wirtschaftssanktionen haben dagegen etwas an Gewicht verloren. Dies sind zentrale Ergebnisse der 17. Geschäftsklima-Umfrage des Ost-Ausschuss – Osteuropaverbands (OAOEV) und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK), deren Ergebnisse Anfang Dezember durch den Vorsitzenden der Geschäftsführung des OAOEV Michael Harms und den Vorstandsvorsitzenden der AHK Matthias Schepp in Berlin vorgestellt.

30 Prozent der befragten deutschen Unternehmen haben 2019 eine positive Veränderung des Geschäftsklimas in Russland beobachtet (Vorjahr 32 Prozent), 39 Prozent sprechen von gleichbleibenden Bedingungen, 31 Prozent sehen eine negative Entwicklung. 62 Prozent der deutschen Unternehmen in Russland sehen sich von protektionistischen Maßnahmen betroffen, insbesondere bei öffentlichen Ausschreibungen. „Bei den Störfaktoren im Russland-Geschäft haben hausgemachte Probleme wie der bürokratische Aufwand und protektionistische Hürden an Bedeutung

gewonnen“, sagte Michael Harms: „Die russische Regierung sollte jetzt durch den Abbau von Bürokratie und die gezielte Förderung des Mittelstands für neue Wachstumsimpulse sorgen.“

Mit eigener Geschäftslage zufrieden

Mit ihrer eigenen Geschäftslage sind die deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft mit großer Mehrheit unverändert zufrieden. 41 Prozent der Unternehmen bewerten die eigene Geschäftslage in Russland mit gut bis sehr gut. Das ist ein Prozentpunkt mehr als 2018 und deutlich mehr als der bisherige Tiefstwert nach Ausbruch des Ukraine-Konflikts vor vier Jahren (16 Prozent). Gut die Hälfte der Befragten bewerten ihre Geschäftslage mit befriedigend (Vorjahr 47 Prozent). Lediglich acht Prozent bezeichnen ihre Geschäftslage als schlecht oder sogar sehr schlecht (Vorjahr 13 Prozent).

Jeweils ein Drittel der Unternehmen will seine Belegschaft in Russland ausbauen und dort in den nächsten zwölf Monaten investieren. Die geplanten Investitionen belaufen sich auf fast 530 Millionen Euro. Für gut die Hälfte der befragten deutschen Unternehmen wird die Bedeutung Russlands langfristig weiter zunehmen.

Mehr Optimismus für 2020

Etwas optimistischer als vor einem Jahr zeigen sich die befragten Unternehmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung im kommenden Jahr: Immerhin 43 Prozent der Befragten rechnen für 2020 mit einer positiven oder leicht positiven Wirtschaftsentwicklung (Vorjahr 41 Prozent), nur noch 15 Prozent befürchten eine Verschlechterung (23 Prozent). 42 Prozent der Umfrageteilnehmer erwarten eine Stagnation, etwas mehr als im Vorjahr (36 Prozent). Überraschend optimistisch sind die Unternehmen auch bezüglich des russisch-ukrainischen Verhältnisses: 69 Prozent rechnen unter dem neuen ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit einer Verbesserung. „Die Aussicht auf eine zumindest leichte Entspannung im russisch-ukrainischen Verhältnis dämpft offenbar auch die Sorge vor weiteren Sanktionen“, sagte Harms: „Diese werden von nur noch 39 Prozent der Befragten als wichtiger Störfaktor genannt.“ Im Vorjahr waren es noch über die Hälfte.

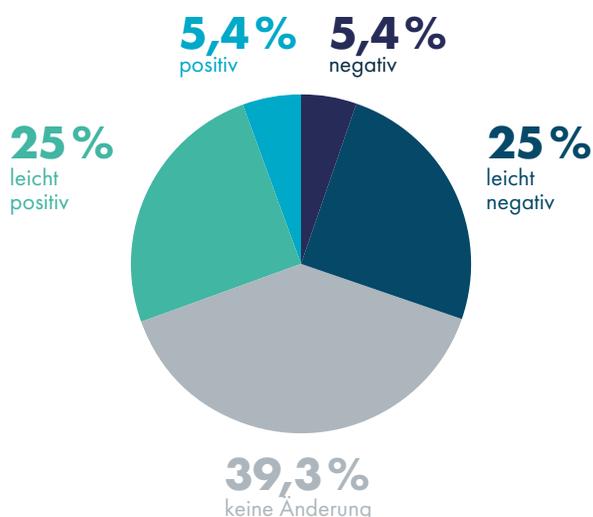
Mehrheit für Abbau der Sanktionen

Die befragten Unternehmen wünschen sich dennoch weiterhin mit überwältigender Mehrheit (93 Prozent) die Aufhebung der Sanktionen. Dabei votieren erneut 51 Prozent für einen schrittweisen Abbau, 42 Prozent sprechen sich für die sofortige Aufhebung der Wirtschaftssanktionen aus. „Die Sanktionen bleiben eine Belastung für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und tragen zu einer Abschottung Russlands und einem wachsenden Einfluss Chinas bei“, sagte Harms. „Wir hoffen daher, dass die Normandie-Gespräche den Friedensprozess einen entscheidenden Schritt voranbringen. Wenn es greifbare Fortschritte gibt, sollte auch der Abbau erster gegenseitiger Sanktionen besprochen werden, um Anreize für eine weitere Entspannung zu setzen.“

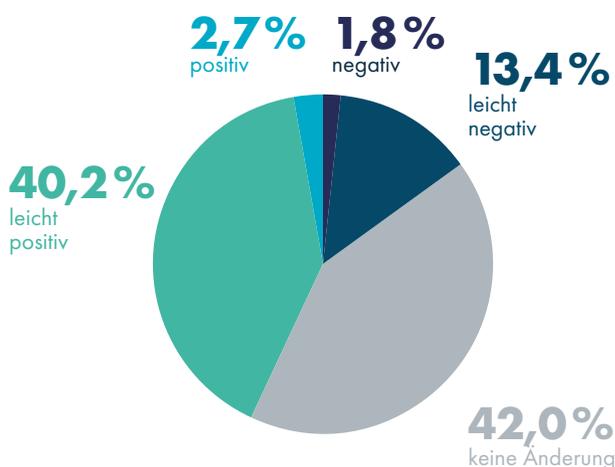
Der Ost-Ausschuss - Osteuropaverein (OAOEV) und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer haben im November 2019 zum 17. Mal ihre jährliche Umfrage zum Geschäftsklima in Russland unter deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft durchgeführt. Schwerpunkte waren die unternehmerischen Rahmenbedingungen vor Ort, aber auch die Rolle der EU- und US-Sanktionen gegen Russland, Hindernisse im Russland-Geschäft sowie die Bedeutung der Eurasischen Wirtschaftsunion und Chinas. Insgesamt 112 Unternehmen haben sich an der Umfrage beteiligt. Die befragten Unternehmen haben zusammen über 144.000 Beschäftigte in Russland und setzten im Jahr 2018 gut 18 Milliarden Euro in der Russischen Föderation um.

Die vollständigen Umfrageergebnisse finden Sie unter: www.oaev.de/de/geschaeftsklima-umfrage-russland-2020

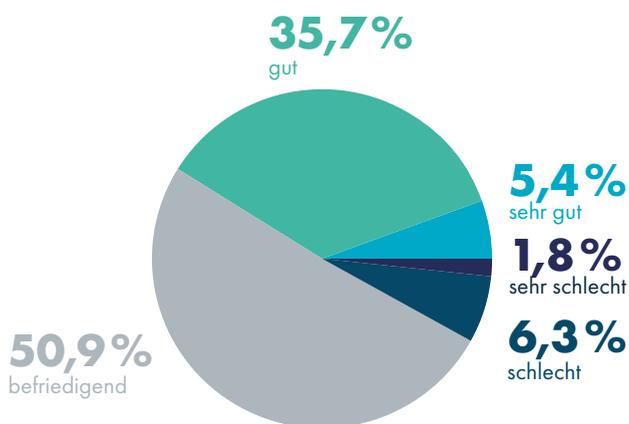
Wie hat sich das allgemeine Geschäftsklima in Russland 2019 entwickelt?



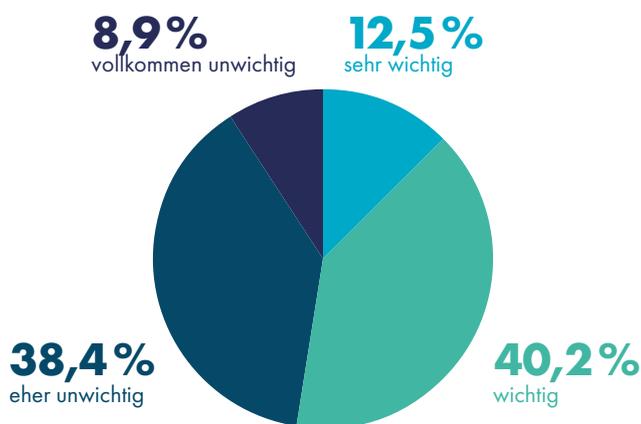
Wie wird sich die russische Wirtschaft 2020 entwickeln?



Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Geschäftslage Ihres Unternehmens in Russland?



Wie wichtig ist die Eurasische Wirtschaftsunion für Ihr Unternehmen?



Gesunken ist im Vergleich zum Vorjahr die Bedeutung der bestehenden und die Angst vor neuen US-Sanktionen. Diese landen in diesem Jahr mit 31 Prozent erst auf Rang vier der Störfaktoren im Russland-Geschäft (Vorjahr 53 Prozent). Zwei Drittel der befragten Unternehmen will ihr Russland-Geschäft trotz drohender Sanktionsmaßnahmen der USA unverändert fortsetzen, deutlich mehr als im Vorjahr (53 Prozent), 30 Prozent der Unternehmen wollen ihre Aktivitäten in Russland sogar ausbauen.

Kein Schwung im Exportgeschäft

Die deutschen Exporte nach Russland sind in den ersten neun Monaten 2019 um 2,5 Prozent gestiegen. Allerdings liegt das gesamte Exportvolumen immer noch weit hinter dem Rekordjahr 2012 zurück. „Unter den deutschen Exportmärkten in Mittel- und Osteuropa belegt Russland nur noch Platz vier nach Polen, Tschechien und Ungarn“, sagte Harms: „Größere Wachstumssprünge sind auch für das Jahr 2020 nicht zu erwarten. Nur 29 Prozent der befragten Unternehmen erwarten 2020 steigende Exporte nach Russ-

land. Fast zwei Drittel rechnen dagegen mit stagnierenden Ausfuhren.“ Im Vorjahr waren dies 57 Prozent. Immerhin nur sieben Prozent, und damit nur halb so viele wie im Vorjahr, rechnen mit einem Rückgang ihrer Russland-Ausfuhren. Immerhin nur sieben Prozent, und damit nur halb so viele wie im Vorjahr, rechnen mit einem Rückgang ihrer Russland-Ausfuhren.

Zu der verhaltenen Exportentwicklung tragen außer konjunkturellen Faktoren auch Einfuhrbeschränkungen und -zölle bei, von denen 17 Prozent der deutschen Unternehmen im Russland-Geschäft betroffen sind. Mehr als ein Viertel der befragten Unternehmen nennen zudem Protektionismus und die Importsubstitutionspolitik als wichtigste Störfaktoren.

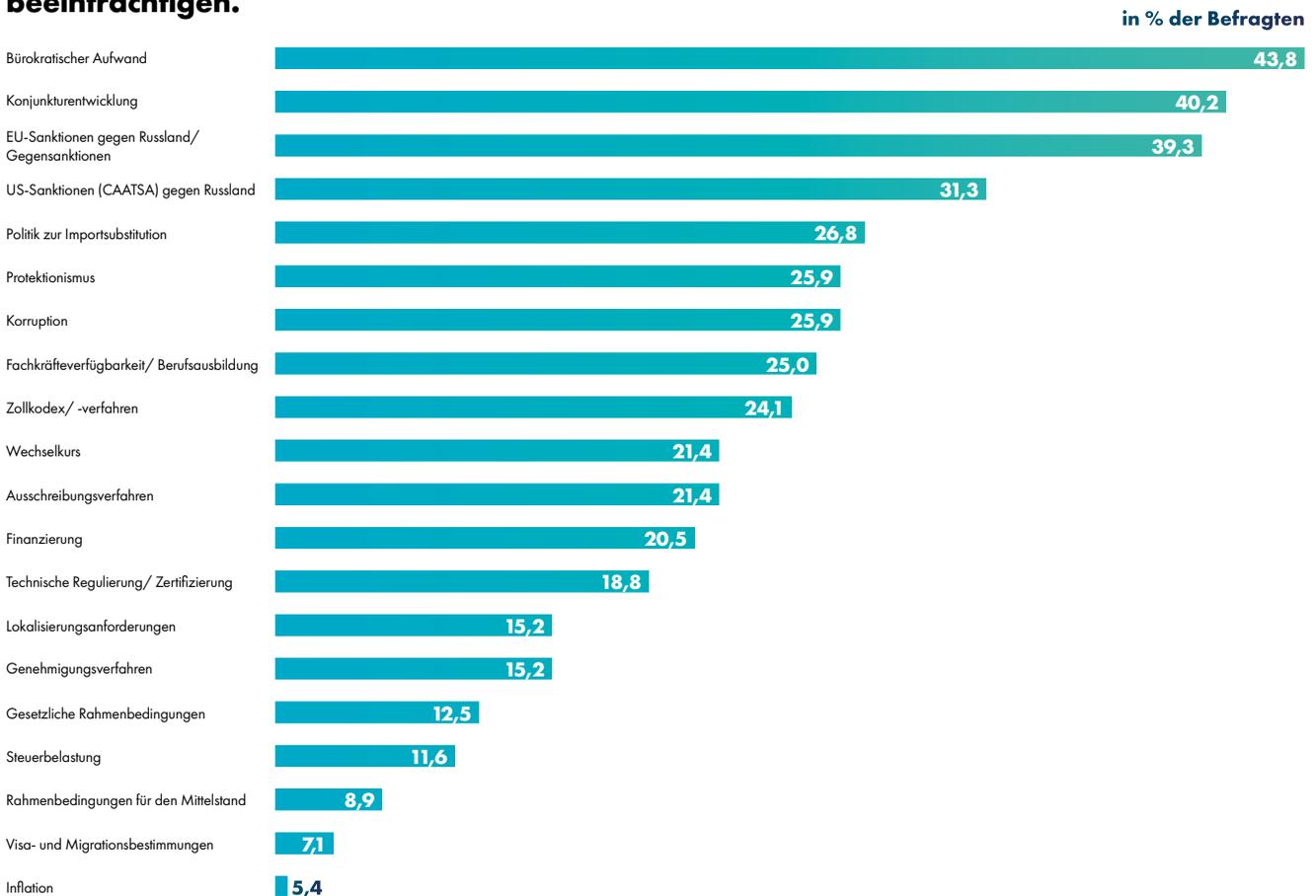
Politische Beziehungen nur wenig verbessert

Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland haben sich nach Auffassung der Unternehmen in den vergangenen zwölf Monaten nur wenig verbes-

sert. Nach Ansicht der Hälfte der Befragten haben diese stagniert. Immerhin 39 Prozent nehmen eine Verbesserung war, etwas mehr als im Vorjahr.

Zu den Konfliktthemen im Verhältnis zu Russland gehören die Energiebeziehungen, insbesondere die Ostseepipeline Nord Stream 2, die einen Teil des Erdgastransits durch die Ukraine ersetzen soll. Hier haben die deutschen Unternehmen eine klare Meinung: 72 Prozent setzen auf beide Transitwege und plädieren dafür, dass sowohl Nord Stream 2 als auch der Transit durch die Ukraine langfristig genutzt werden. „Angesichts der rückläufigen Gasförderung in der EU und dem Ausstieg aus Kohle- und Atomkraft in Deutschland brauchen wir alle Importoptionen“, sagte OAOEV-Geschäftsführer Harms: „Jede zusätzliche Importroute sichert eine verlässliche und preisgünstige Energieversorgung für die europäische Industrie und die Verbraucher. Wir hoffen daher, dass die trilateralen Gasesgespräche zwischen der EU, Russland und der Ukraine zu einem neuen, langfristigen Transitvertrag führen.“

Nennen Sie fünf Störfaktoren, die Ihre Geschäftstätigkeit in Russland derzeit am meisten beeinträchtigen.



Wirtschaft für weitere Integration

Die 2015 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), zu der neben Russland auch Belarus, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan gehören, ist für über die Hälfte der Befragten im täglichen Geschäft wichtig (40 Prozent) bis sehr wichtig (13 Prozent). Im längerfristigen Vergleich hat die Bedeutung des Wirtschaftsbündnisses deutlich zugenommen: Vor drei Jahren hatten noch fast drei Viertel der Befragten angegeben, dass die EAWU keine Auswirkungen auf ihr Geschäft habe.

Über drei Viertel votieren zudem für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok, dem die EU, die EAWU und weitere Länder angehören würden. „Die neue EU-Kommission sollte schnell das Gespräch mit der Eurasischen Wirtschaftsunion über den Abbau von Zollschranken und die Angleichung von Normen und Standards suchen“, sagte Harms: „Dem weltweiten wirtschaftlichen Egoismus und der Dominanz Chinas und der USA muss Europa mit neuen wirtschaftli-

chen Integrationsprojekten begegnen. Russland ist dabei ein wichtiger Partner.“ Keine einhellige Meinung haben die befragten Unternehmen dazu, wie EU und EAWU auf das chinesische Belt & Road-Projekt („Neue Seidenstraße“) reagieren sollten – ob mit gemeinsamen Projekten mit China oder alternativen Projekten. Durch die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen befürchten viele eine verstärkte Hinwendung Russlands zu China. Die Konkurrenz chinesischer Unternehmen auf dem russischen Markt jedenfalls hat in den vergangenen fünf Jahren nach Einschätzung von 85 Prozent der befragten Unternehmen zugenommen.

Automobilindustrie als Verlierer

Die Land- und Ernährungswirtschaft werden von den deutschen Unternehmen unverändert als die wachstumsstärksten Branchen in Russland eingeschätzt (46 Prozent der Befragten). Rang zwei belegt erneut die IT/Telekommunikation (45 Prozent). Aufsteiger ist die Branche Erneuerbare Energien/Energieeffizienz (25 Prozent), die von Platz elf auf

Platz fünf kletterte. Klarer Verlierer ist hingegen die Automobilindustrie, die nur noch von vier Prozent der Befragten als Wachstumsbranche genannt wird, und die dadurch auf den letzten Platz rutschte. Vor zwei Jahren hatten die russische Autoindustrie noch Platz drei belegt.

Moskau bleibt vorne

Unter den russischen Standorten mit dem besten Investitionsklima blieb das Quintett an der Spitze gegenüber den drei Vorjahren unverändert. Offenbar haben sich diese fünf Standorte eine solide Reputation erarbeitet. In der Gunst der deutschen Investoren steht die Stadt Moskau unangefochten vor St. Petersburg an der Spitze. Die Republik Tatarstan verdrängte das Moskauer Gebiet von Platz drei. Neueinsteiger in die Spitzengruppe ist Uljanowsk, während es Samara nicht mehr unter die Top-Standorte schaffte.

Christian Himmighoffen

Referent Presse und Kommunikation im OAOEV



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Durchgeführt von:





Ost-Ausschuss
Osteuropaverein





**STIPENDIENPROGRAMM
DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT**
für die Länder des Westlichen Balkans

Sie sind auf der Suche nach jungen Talenten?

Sie engagieren sich in den Ländern des Westlichen Balkans oder möchten expandieren?

Nutzen Sie Ihre Chance und beteiligen Sie sich am Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans.

Kontakt im Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e. V.
Antje Müller, Programmdirektorin

Informations- und Teilnahmeformulare finden Sie unter:
<http://bit.ly/2NvRdGB>

E-Mail: a.mueller3@bdi.eu
Telefon +49 30 206 1 671 37
www.stipendienprogramm.org

Ziel des Programms ist es, deutsche Unternehmen dabei zu unterstützen, hochqualifizierte Kandidaten für drei bis sechsmonatige Praktika in Deutschland zu gewinnen. Das Programm wird von der deutschen Bundesregierung unterstützt.

Das Stipendienprogramm bietet Ihrem Unternehmen die Möglichkeit, hochqualifizierte und engagierte Nachwuchskräfte verschiedenster Fachrichtungen bei der Arbeit in Deutschland kennenzulernen und sie auf einen möglichen Einsatz als Mitarbeiter oder Vertreter im Heimatland vorzubereiten.

Normalisierung und Wachstum

Mit großer Spannung wurde Mitte November die Regierungserklärung des polnischen Premierministers Mateusz Morawiecki erwartet. In ihr legte der Premier die Prioritäten der polnischen Regierung in der kommenden Legislaturperiode dar und warb um das Vertrauen des Parlaments.



Warschauer Skyline ist zum Symbol für den wirtschaftlichen Aufstieg Polens geworden.

Geprägt wurde die rund anderthalbstündige Rede von der Vision der „normalno“ (Normalisierung). Mit dieser Formel umschrieb Morawiecki die Ziele der Regierung für die folgenden vier Jahre. Eng verknüpft mit der Normalisierung sei die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Besondere Bedeutung komme dabei der wirtschaftlichen Aufholjagd Polens zu. An dieser Stelle zitierte der Premier sogar die deutsche Presse, die vom polnischen Wirtschaftswunder berichte. Das starke Wirtschaftswachstum sei aber nur Mittel zum Zweck, um den lang ersehnten (west-)europäischen Lebensstandard endlich zu erreichen.

Investitionen und Deregulierung

Der Premierminister widmete der Wirtschaft einen Großteil seiner Rede. Das Wirtschaftswachstum solle demnach zwei bis drei Prozentpunkte über dem der Euro-Zone liegen. Der Premier kündigte milliardenschwere Investitionen in Großprojekte wie den Ausbau des Autobahn- und Schienennetzes sowie den Bau der Baltic Pipe an, die Erdgas von Dänemark nach Polen leiten soll. Er versprach zudem vage, Regulierungen für Unternehmen abzubauen.

Der polnische Sejm sprach nach einer langen Debatte der Regierung das Vertrauen aus, was vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl vom Oktober 2019 keine Überraschung darstellt. Die

regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) erzielte dabei gut 43 Prozent der Stimmen und verfügt im Sejm über die Mehrheit. Von einem Erdrutschsieg kann allerdings nicht die Rede sein, da die Opposition im Senat, der zweiten Parlamentskammer, eine Mehrheit von 52 der insgesamt 100 Sitze erringen konnte. Beobachter ziehen daher den Schluss, dass ein „Durchregieren“ der PiS nicht mehr möglich ist.

Umbau der Ministerien

Das Ministerium für Unternehmertum und Technologie – an dessen Spitze der Premierminister einst selbst stand – wurde in „Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung“ umbenannt. Die Ministerin Jadwiga Emilewicz erhielt dabei neue Kompetenzen, wie aufgrund der Stimmgewinne ihrer wirtschaftsliberalen Partei „Porozumienie“ zu erwarten war. Dazu zählt beispielsweise der Tourismus, der für die polnische Wirtschaft von großer Bedeutung ist. Jedes Jahr besuchen rund 20 Millionen Menschen das Land.

Für Überraschung sorgte die Entscheidung, das Energieministerium aufzulösen und ein Ministerium für Klima zu gründen. Michal Kurtyka, der die Klimakonferenz COP24 für Polen in Katowice organisiert hat, wurde zum Minister ernannt. Die Kompetenzen des Außenministeriums wurden beschnitten, die Europaabteilung wird in die Kanzlei des Premierministers eingegliedert. Dies

kann als Aufwertung der Bedeutung der Beziehungen zu Europa betrachtet werden.

Trotz einiger Ankündigungen ist das Bild der künftigen Wirtschaftspolitik noch unvollständig. Unabhängig davon punktete Polen in der jüngsten Prognose der Europäischen Kommission mit starken Zahlen. Das Land gehörte auch im Jahr 2019 zu den Wachstumsmotoren der Europäischen Union. Nach Irland und Ungarn prognostiziert die Kommission für Polen zusammen mit Rumänien mit 4,1 Prozent das dritthöchste Wirtschaftswachstum innerhalb der EU. Bereits im ersten Halbjahr 2019 löste Polen Großbritannien als sechstwichtigsten Außenhandelspartner Deutschlands ab. Womöglich wird demnächst auch Italien von Polen abgelöst werden.

Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mitteleuropa im OAOEV

Ein Viertel der Regierungsmitglieder wurde neu ins Amt berufen. Zudem wurden auch die Zuständigkeiten der Ministerien neu zugeschnitten. Die für die Wirtschaft wichtigen Ministerposten wurden teils neu verteilt:

- **Andrzej Adamczyk**
Infrastrukturminister
- **Jan Krzysztof Ardanowski**,
Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- **Marek Gróbarczyk**
Minister für maritime Wirtschaft
- **Michal Kurtyka**
Minister für Klima
- **Jadwiga Emilewicz**
Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung
- **Małgorzata Jarosińska-Jedynak**
Minister für EU-Fonds und regionale Politik
- **Marek Zagoraki**
Minister für Digitalisierung

OAOEV in Kürze



Arbeitskreis Zentralasien tagte in Iphofen

Am 19. November fand in Iphofen die Sitzung des OAOEV-Arbeitskreises Zentralasien statt. Die unterfränkische Stadt ist nicht nur für erstklassigen Weinbau bekannt, sondern auch Sitz der Knauf Gruppe. Nach einer Betriebsbesichtigung tauschten sich die Teilnehmer gemeinsam mit dem Geschäftsführenden Gesellschafter der Knauf Gruppe und Arbeitskreissprecher Zentralasien im OAOEV Manfred Grundke über aktuelle Entwicklungen in der Region, insbesondere über die Reformen in Usbekistan, den Besuch des kasachischen Staatspräsidenten in Berlin sowie die chinesische Belt-& Road-Initiative, aus.

Kasachischer Vize-Außenminister zu Besuch im OAOEV

Zur Vorbereitung auf den Besuch des kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew in Berlin Anfang Dezember besuchte der stellvertretende Außenminister Yermek Kosherbayev den OAOEV. Bei dem Gespräch mit OAOEV-Geschäftsführer Michael Harms stellte er die Kooperationsangebote für deutsche Unternehmen in Kasachstan vor.

OAOEV und PwC informierten in Bielefeld über Sanktionen

Am 17. Dezember fand in Bielefeld der Business Lunch „Richtiger Umgang mit Russland-Sanktionen“ statt, den der OAOEV in Kooperation mit PwC durchführte. Das Briefing, an dem 20 Unternehmensvertreter teilnahmen, informierte über den aktuellsten Stand der Sanktionsdebatte in den USA und mögliche Auswirkungen auf deutsche Unternehmen. Experten der PwC Russian Business Group und des PwC Sanctions Team beschrieben die Grundzüge eines unternehmensinternen „Sanktions-Compliance Programms“ und gaben Hinweise zur Vertragsgestaltung bei Projekten mit russischen Geschäftspartnern, um bestehende Risiken zu minimieren.

Oliver Hermes wird Vize des Petersburger Dialogs

Der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes wurde Mitte November in zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands und Schatzmeister des Petersburger Dialogs (PD) gewählt. Der PD-Vorsitzende Ronald Pofalla dankte dessen Vorgänger Wolfgang Büchele, der zeitgleich aus dem PD-Vorstand ausschied, für dessen langjährige Mit-

gliedschaft. Der PD ist ein bilaterales Diskussionsforum, das zum Ziel hat, die Verständigung zwischen den Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands zu fördern und wurde im Jahr 2001 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufen.

Praktikumsplätze gesucht

Die Auswahlgespräche für die nächste Stipendiatengeneration 2020 des Zoran Djindjic Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans wurden im Dezember in Zagreb fortgesetzt. Wir freuen uns auf die vielen vielversprechenden Nachwuchskräfte und auf interessante Gespräche. Unternehmen, die Interesse an einem oder mehreren hochqualifizierten Praktikanten haben, können sich hier über die Teilnahmemöglichkeiten informieren.

Antje Müller
Projektleiterin im OAOEV
Tel.: +49 30 206167-137
A.Mueller3@bdi.eu
www.stipendienprogramm.org

„Es kann nicht jeder alles lokalisieren“

G. Heinemann Medizintechnik ist einer der führenden Anbieter für HNO- und Medizintechnik in Osteuropa. Die OEI sprachen mit Geschäftsführer Frank Spillner über die Märkte in Osteuropa, die Öffnung Usbekistans und den Lokalisierungsdruck.



Frank Spillner
Geschäftsführer G. Heinemann Medizintechnik

Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen kurz vor!

G. Heinemann Medizintechnik hat zwei Geschäftsfelder, zum einen der HNO-Bereich mit Eigenproduktion und dem Vertrieb verwandter Artikel, zum anderen der Handel mit Medizintechnik. Dieser ist im Wesentlichen auf Russland und Usbekistan beschränkt, während unser HNO-Geschäft international ist. Wir zählen uns zu einem der führenden internationalen Anbieter von HNO-Behandlungseinheiten und haben eine Exportquote von über 90 Prozent. Wir verfügen über sechs Büros in Russland und eines in Usbekistan, aber auch ein Büro in Indien zum Beispiel. Wir haben unsere Produktion in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet mit einer außerordentlich großen Fertigungstiefe, etwa mit einem eigenen Metallbau. Wir stellen das Attribut „Made in Germany“ sehr stark in den Vordergrund und produzieren ausschließlich in Deutschland.

Welche Bedeutung hat Osteuropa für Ihr Unternehmen?

Wir haben eine starke Ausrichtung nach Osteuropa. Wir handeln in allen Ländern der Region, außer in Tadschikistan oder Turkmenistan. Das hat etwas mit der Marktgröße zu tun. Wir sind ein führender Anbie-

ter zum Beispiel in Belarus und Polen. Vom Gesamtumsatz der Heinemann Gruppe einschließlich unserer russischen Tochtergesellschaft entfallen über drei Viertel auf Osteuropa. Allein in unserem Büro in Moskau arbeiten 50 Mitarbeiter, in Usbekistan 15. Zum Vergleich: In Deutschland haben wir insgesamt rund 60 Mitarbeiter.

Wie sind Sie denn nach Usbekistan gekommen?

Wir sind eher zufällig durch persönliche Kontakte dorthin gekommen. Unsere ersten Aktivitäten datieren noch vor dem Machtwechsel dort. Nach einer kurzen Schockstarre kam es dann zur Öffnung des Landes, die bis heute anhält und zu verstärkten Finanzflüssen geführt hat. Wir haben dort für die Weltbank unser größtes Projekt im Umfang von über vier Millionen US-Dollar umgesetzt. Wir sind ein typischer Anbieter in staatlichen Tendern, und Usbekistan steht sehr auf „Made in Germany“. Wichtig ist, dass deutsche, aber auch andere westeuropäische Anbieter auch den Service anbieten und zur Stelle sind, wenn es mal Probleme gibt.

Was sind die Besonderheiten der osteuropäischen Märkte?

Es gewinnt bei staatlichen Ausschreibungen nicht immer der billigste beste Anbieter. Das ist allerdings auch in Westeuropa nicht immer so. Die Probleme mit Korruption haben aber ganz klar abgenommen. Es gibt zum Beispiel in Russland eine elektronische Auktionsplattform. Usbekistan ist ein preislich derart wettbewerbsintensives Land, das man dahinter kaum Korruption vermuten kann. Wenn Sie eine Ausschreibung in Usbekistan zu 50 Prozent unter dem Budget gewinnen, dann ist da gar kein Spielraum für Korruption.

Problematisch ist, dass zum Beispiel in Russland staatlich protegierte neue Spieler am Markt auftauchen. Die Korruptionsproblematik kann eben auch dadurch in den Hintergrund treten, dass Sie den Markt schon vor-

her beeinflussen, indem Sie Firmen durch entsprechende Ausschreibungsbedingungen von vorneherein von einer Ausschreibung ausschließen. Wir beobachten diese nationalistischen Tendenzen in Russland auch im Handel, nicht nur in der Produktion.

Spüren Sie denn auch den Druck zur Lokalisierung in Russland?

Ich bin in Russland schon oft nach Lokalisierung gefragt worden. Aber warum soll ich lokalisieren? Ich müsste dann einen Teil der Produktion aus Russland exportieren. Damit beraube ich mich aber des Verkaufsarguments „Made in Germany“. Es kann doch nicht unsere deutsche Logik sein, immer alles zu verlagern. Was einmal verlagert ist, bekommen wir nie wieder zurück, und der Know-how-Abfluss ist gigantisch. Diesem Lokalisierungsdruck sollten wir nicht nachgeben. Es kann nicht jeder alles lokalisieren. Es kann nicht jedes Land HNO-Behandlungseinheiten herstellen. Wir sind ein cooles, kleines Unternehmen, das dem Lokalisierungsdruck nicht ausgesetzt ist.

Welche Erwartungen haben Sie an Ihre Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss-Osteuropaverein?

Ich bin gar kein Fan von Verbänden, weil wir sehr mit der praktischen Arbeit beschäftigt sind. Ich hatte nie Zeit für Meetings und Kaminrunden. Aber ich habe gemerkt, dass man auf den Veranstaltungen des OAOEV durchaus netzwerken kann. Wir sind Händler und Produzent, daher bin ich auf Kontakte in zwei Richtungen angewiesen, auf Käufer und auf Anbieter. Ich erwarte außerdem einen gewissen Schutz vor osteuropäischen politischen Unwettern und vor ungerechten juristischen Unbilden. Verbände sind außerdem dafür da, Menschen zusammenzuführen. Das ist für mich vielleicht das wichtigste an einem Verband.

Das Gespräch führte
Christian Himmighoffen

Termine/Kooperationen

28. JANUAR 2020, BERLIN Neujahrsempfang des OAOEV

Als Keynote-Speaker begrüßt der OAOEV in diesem Jahr Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Angefragt ist zudem der Außenminister der Republik Kasachstan Mukhtar Tileuberdi. (NUR AUF EINLADUNG!)

Ost-Ausschuss - Osteuropaverein
Andreas Metz
Tel.: +49 30 206167-120
A.Metz@bdi.eu

28.-29. JANUAR 2020, RZESZÓW EU-Ukraine Forum

Bereits zum 13. Mal findet das EU-Ukraine Forum im polnischen Rzeszów statt. Fragen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung der EU-Ukraine-Beziehungen stehen im Fokus des Forums mit rund 600 Teilnehmern. Der OAOEV ist Partner.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Stefan Kägebein
Tel.: +49 30 206167-113
S.Kaegebein@bdi.eu

13. FEBRUAR 2020, NÜRNBERG Potenziale der armenischen Landwirtschaft im Bereich Bioanbau und -produkte

Auf der Veranstaltung im Rahmen der Messe BioFach werden die Potenziale der armenischen Bio-Landwirtschaft präsentiert. Unternehmen haben im Austausch mit armenischen Anbietern die Möglichkeit, sich unmittelbar über die Einkaufsmöglichkeiten in diesem Sektor zu informieren. Der OAOEV führt diesen Workshop gemeinsam mit der Deutschen Wirtschaftsvereinigung Armenien durch.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
Stefan Kägebein
Tel.: +49 30 206167-113
S.Kaegebein@bdi.eu

24.-28. FEBRUAR 2020, ERIWAN/TIFLIS

Markterkundungsreise nach Armenien und Georgien

Im Zuge des Markterschließungsprogramms für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) organisiert COMMIT im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums eine Markterkundungsreise nach Armenien und Georgien. Die Reise wird durch den OAOEV, die AHK Aserbaidschan und den VDMA unterstützt und findet unter dem Motto „Modernisierung der industriellen Infrastruktur“ statt. Ein Business Forum soll den Teilnehmern dabei Zugang zu Gesprächspartnern und Branchenwissen verhelfen.

Commit Project Partners GmbH
Gerrit Schmitter
Tel.: +49-(0)30-2061648-11
g.schmitter@commit-group.com
Anmeldung und weitere Informationen:
<https://commit-group.com/termine/>

27. MÄRZ 2020, FRANKFURT AM MAIN owc Verlag – 5. Manufacturers Forum

Auf dem 5. Manufacturers Forum des owc Verlags können die Teilnehmer Unternehmen aus Industrie und Dienstleistungsbranche treffen und sich über aktuelle Herausforderungen und Lösungen von Firmen informieren, die in Russland, Osteuropa und Zentralasien aktiv sind.

Anmeldung und weitere Informationen:
<https://owc.de/geschaefskalender/>

Kooperationen

Dem Handelsbüro des bulgarischen Wirtschaftsministeriums in Hamburg liegen Kooperationsangebote bulgarischer Firmen unter anderem aus den Bereichen IT, Reha und Gartenbau vor. Das Büro unterstützt deutsche Firmen bei der Kontaktaufnahme, der Partnersuche und bei Investitionen in Bulgarien.

Kontakt:
Stoytcho Stoytchev, Handelsattaché
Tel.: +49 176 32013831
stivbghamburg@gmail.com

Stellengesuche

Erfahrene Führungskraft, Dipl.-Ökonom (Masters), Dreisprachig Deutsch/Russisch/Englisch, 54 J., interessiert an neuen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten als Direktor oder Country Repräsentative im Raum Russland/GUS. Mehr als 20 Jahre kaufmännische Führungs- und Projekterfahrungen im internationalen Geschäft (Maschinenbau, Bauindustrie und Abfallrecycling) in Organisation-, Finanz- und Marketingbereich, Kosten- und Steueroptimierung und internationales Personalmanagement. Deutsche und russische Staatsangehörigkeit, (MS-Office, SAP ERP, 1S) und Führerschein Klasse B. Interkulturelle Kompetenz, regionale Wirtschaftskennntnisse, Akquisition und persönliche Betreuung der Neu- und Bestandskunden, Ausbau und Weiterentwicklung bestehender Märkte und Wirtschaftsrecht inkl. Vertragsrecht.

K.Pantelev
Tel.: +49 171 939 33 34
k.pantelev@gmx.de

Impressum

Herausgeber:

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Breite Straße 29, D-10178 Berlin
Telefon: +49 30 206167-116
Fax: +49 30 2028-2452
Vorsitzender der Geschäftsführung:
Michael Harms

Redaktion:

Andreas Metz (ViSDP),
Christian Himmighoffen
Telefon: +49 30 206167-122
Fax: +49 30 2028-2577
C.Himmighoffen@bdi.eu
Redaktionelle Mitarbeit:
Monique Stender, Nadiia Fedorenko

Verlag:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: +49 30 615089-0
Fax: +49 30 615089-29
info@owc.de, www.owc.de
Geschäftsführender Gesellschafter:
Ulf Schneider

Anzeigen:

owc Verlag für Außenwirtschaft GmbH
Ritterstr. 2B, 10969 Berlin
Telefon: +49 30 615089-0
Fax: +49 30 615089-29
anzeigen@owc.de

Erscheinungsweise:

6 x jährlich (zweimonatlich)

Abonnement:

Die Osteuropa-Informationen können nur
gemeinsam mit der Monatszeitschrift
OstContact bezogen werden. Der Preis für
das Jahresabonnement beträgt für beide
Publikationen zusammen Euro 120,00, zzgl.
7% MwSt., Auslandsversand zzgl. Porto.

Abonnement-Service:

Leserservice OST-WEST-CONTACT
65341 Eltville
Telefon: +49 6123 9238-257
Fax: +49 6123 9238-244
leserservice-owc@vuservice.de

Gerichtsstand:

Amtsgericht Charlottenburg
HRB 170362 B

Druck:

Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG,
Detmold

Erscheinungstermin:

Januar 2020

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
übernimmt trotz größter Sorgfalt keine
Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit
der weitergegebenen Informationen.

Cosmic Culture

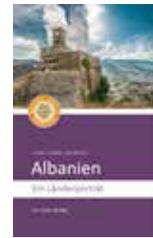


Von Dieter Seitz

Der Wunsch, Himmelsphären zu durchdringen und das unendliche Weltall zu erkunden, spiegelte sich in der sowjetischen Kultur nieder. Dieter Seitz nimmt sich dies zum Anlass, einen Bildband zu veröffentlichen, der einen Längsschnitt von Vergangenheit bis zur Gegenwart ausgewählter Länder der ehemaligen Sowjetunion vornimmt. Im Fokus steht dabei die Liebe zum Kosmos damals und deren Nachwirkungen auf den heutigen Alltag, die sich insbesondere in der Architektur, (Straßen-)Kunst, Alltagsgegenständen und Symboliken manifestiert. Ein Sammelsurium an unterschiedlichen Motiven, von Stillleben zu bewegten Bildern, lässt den Leser in vergangene Zeiten eintauchen. Zwischen den kosmischen Fotografien präsentiert Seitz Biografien von Personen, wie Svetlana Gerasimenko, einer tadschikischen Astronomin, die eine Verbindung mit dem Kosmos hatten oder noch immer haben. Unter welchen genauen Kriterien Seitz die Biografien für seinen Band auswählte, ist dem Betrachtenden ad hoc nicht sofort schlüssig. Erst im mittleren Teil des Bandes erfolgt eine Einführung ins Thema. Nichtsdestotrotz schafft Seitz es mit seinen Momentaufnahmen, die Artefakte aus Vergangenheit und Gegenwart voneinander zu lösen, und dabei den eigentlichen Kern der Kosmos-Kultur freizulegen. (Blo)

176 S. | 49,00 Euro
Verlag Kettler 2019

Albanien. Ein Länderporträt



Christiane Jaenicke

Immer mehr Touristen entdecken Albanien als Reiseland und tun gut daran. Das Land lockt mit Sehenswürdigkeiten, die Teil des Weltkulturerbes sind ebenso wie mit Sonne, Strand und Bergen. Einen Reiseführer sollte man da natürlich im Gepäck haben. Das Länderporträt Albanien ist meine absolute Empfehlung. Mit diesem Buch ist es der Autorin gelungen, den Leser für das Land zu begeistern, wenn er es vorher noch nicht war. Der Leser wird mit der Geschichte des Landes, den Bräuchen und Traditionen, der Politik, sowie mit Kunst und Kultur vertraut gemacht. Dabei ist der Text nie trocken und hält immer wieder Empfehlungen für den Reisenden bereit. (Am)

240 S. | 18,00 Euro
Christoph Links Verlag 2019

Die guten Tage – Von Marko Dinic



Mit Marko Dinic betritt ein Vertreter der serbischen Kriegskindergeneration die literarische Bühne, dessen Debütroman eine wütende Auseinandersetzung einer um ihre Zukunft betrogene Generation ist, gepaart mit einer Anklage an Chauvinismus und Nationalismus - ein düsterer Anti-Heimatroman, den man trotz seiner Schwere nicht aus der Hand legen kann. Der Protagonist kommt im sogenannten „Gastarbeiterexpress“ zwischen Wien und Belgrad mit seinem Sitznachbarn ins Gespräch und legt all seine Verzweiflung, Wut und Trauer stellvertretend für eine gesamte Generation in den zufällig gewählten Dialog. Es geht um seine Flucht aus dem Belgrad unter NATO-Bombardement, um seinen Vater, der stellvertretend für eine ganze Generation dem alten System diene und Milosevic unterstützte.

Die Mutter selbst kuscht und gibt sich der Situation geschlagen. Nur die Großmutter hinterfragt die politische Situation und drängt ihren Enkel zur Flucht nach Wien – seine neue Heimat, die nie eine Heimat wird. Die literarischen Zwiegespräche drehen sich immer wieder um die Frage, ob Weggehen eine Lösung sein kann. Der Erzähler, der sich einst aufgrund der politischen Lage ins Exil gedrängt fühlte, zeigt eine Generation auf, die sich weder zu Hause noch in der Fremde verstanden fühlt, die verzweifelt versucht, eine positiven Zukunft in der Fremde aufzubauen, daran aber zu scheitern scheint. Marko Dinic legt mit seinem Erstlingswerk ein literarisches Meisterwerk vor, das eine solche Sprachgewalt birgt, dass man sich wünscht, das Buch würde nie enden. (Qu)

239 Seiten | 22 Euro
Paul Zsolnay Verlag 2019



5. ManufacturersForum

Das Außenwirtschafts-Event

Praxisevent für Russland und GUS 27. März 2020 / Airport Club Frankfurt/M.

Treffen Sie Unternehmen der nationalen und internationalen Hersteller- und Dienstleistungsindustrie. Informieren Sie sich über aktuelle Herausforderungen und Lösungen von Firmen, die in **Russland, Ost-europa und Zentralasien** aktiv sind. Und nutzen Sie die Möglichkeit für ein exzellentes Networking.

THEMEN

- Übersicht der wirtschaftlichen Entwicklung
- Trends und Prognosen
- Praxisbeiträge
- Tech Trends
- Lokalisierung

BRANCHEN

- Agrar- und Lebensmitteltechnik
- Bau
- Logistik
- IT & Outsourcing
- Pharma & Medizin
- Banking & Finanzierung
- Umwelttechnik

FORMATE

- Workshops
- Präsentationen
- B2B Talks und Networking

EINTRITTSPREISE

- Für produzierende Unternehmen und Handelsunternehmen: 150 € (zzgl. MwSt.)
- Für Besucher: 450 € (zzgl. MwSt.)

Jetzt mit Code MF25 anmelden und **25% Frühbucher-Rabatt** sichern.

Early Bird-Preis sichern!

Jetzt anmelden und 25% Rabatt auf Teilnahmegebühr erhalten.

Gutschein Code: MF25

Melden Sie sich jetzt an



owc.de/mf5

Mit Praxisbeiträgen von:



Ralf Bendisch
Managing Director Manufacturing
CLK, Claas



Dr. Daniel Thorniley
President
DT-Global Business Consulting GmbH



Sergei Ivanov
Geschäftsführer, Palfinger,
St. Petersburg



Georgiy Turbanov
General Director
WABCO Vostok LLC



Partner



RICHTUNGSWEISENDE DIGITALE LANDWIRTSCHAFT

Mit den John Deere Technologien für die Präzisionslandwirtschaft setzen Sie ganz neue Maßstäbe für Ihren landwirtschaftlichen Betrieb. Heute, morgen und auch übermorgen.



JOHN DEERE

NOTHING RUNS LIKE A DEERE